

SÜDBÖHMISCHE UNIVERSITÄT IN BUDWEIS  
PÄDAGOGISCHE FAKULTÄT  
INSTITUT FÜR GERMANISTIK

## **BACHELORARBEIT**

GEGENÜBERSTELLENDEN ANALYSE DER PARTEIPROGRAMME DER  
DEUTSCHEN LINKSPARTEI UND DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI  
ÖSTERREICHS

Comparative Analysis of the Political Programmes of the German “Die Linke”  
(The Left) Party and the Communist Party of Austria.

Srovnávací analýza stranických programů německé Levicové strany a rakouské  
Komunistické strany

Betreuerin der Arbeit: Mag. Susanne Christof

Autorin: Jitka Lysá

Studienfach: Germanistik / Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Ausbildung

Studienjahr: 3.

*Prohlašuji, že svoji bakalářskou práci jsem vypracovala samostatně pouze s použitím pramenů a literatury uvedených v seznamu citované literatury.*

*Prohlašuji, že v souladu s § 47b zákona č. 111/1998 Sb. V platném znění souhlasím se zveřejněním své bakalářské práce, a to v nezkrácené podobě elektronickou cestou ve veřejně přístupné části databáze STAG provozované Jihočeskou univerzitou v Českých Budějovicích na jejich internetových stránkách, a to se zachováním mého autorského práva k odevzdanému textu této kvalifikační práce. Souhlasím dále s tím, aby toutéž elektronickou cestou byly v souladu s uvedeným ustanovením zákona č. 111/1998 Sb. zveřejněny posudky školitele a oponentů práce i záznam o průběhu a výsledku obhajoby kvalifikační práce. Rovněž souhlasím s porovnáním textu mé kvalifikační práce s databází kvalifikačních prací Theses.cz provozovanou Národním registrem vysokoškolských kvalifikačních prací a systémem na odhalování plagiátů.*

*V Českých Budějovicích 24. dubna 2012*

*Podpis studentky*

*Ich danke Mag. Susanne Christof für die Betreuung der Bachelorarbeit – für ihre Zeit, Geduld und wertvollen Ratschläge bei den Fachkonsultationen. Weiter danke ich meinem Freund für seine Unterstützung.*

## **Anotace**

Tato práce se věnuje srovnávací analýze dvou stranických programů. Na začátku budou představeny politické systémy v Německu a v Rakousku. Tato práce se bude dále zabývat historickými rysy obou stran, představí a nastíní jejich současnou politickou situaci. Pak budou navzájem porovnány stranické programy Levicové strany a Komunistické strany, aby bylo možné stanovit jejich paralely a rozdíly. Práce vysvětluje také politickou ideologii obou stran. Cílem tohoto srovnání je stanovit, zda by mohly eventuální programové rozdíly vytvořit činitel pro rozdílnou situaci v obou stranách.

## **Annotation**

Diese Arbeit wird sich einer gegenüberstellenden Analyse zweier Parteiprogramme widmen. Zu Beginn wird das politische System in Deutschland und in Österreich vorgestellt. Diese Arbeit wird sich dann mit dem geschichtlichen Abriss beider Parteien beschäftigen, diese kurz vorstellen und deren derzeitige politische Situation skizzieren. Dann werden die Parteiprogramme der *Linken* und der *KPÖ* miteinander verglichen, um deren Parallelen und Differenzen festzustellen. Die Arbeit erklärt auch die politische Ideologie beider Parteien. Das Ziel dieser Gegenüberstellung ist es, festzustellen, ob eventuelle programmatische Unterschiede einen Faktor für die unterschiedliche Situation beider Parteien darstellen könnten.

## **Anotation**

This thesis is concerned with a comparative analysis of two political programmes of two different political parties. As an introduction, the political system in Germany and in Austria will be presented. This thesis will discuss the history of both parties, the parties will be briefly introduced and their current political situation will be outlined. Subsequently the political programmes of the two parties will be compared and any parallels and differences will be determined. The thesis explains the politic ideology of both parties as well. The aim of this comparative analysis is to determine whether any programmatic differences may represent a factor in the different current situation of both political parties.

# Inhaltverzeichnis

Einleitung	9
1. Das politische System Deutschlands	11
1.1. Das Grundgesetz	11
1.2. Die Landesregierung	12
1.3. Der Bundestag	12
1.4. Der Bundesrat	14
1.5. Der Bundesverfassungsgericht	15
1.6. Die Bundesversammlung	15
1.7. Der Bundespräsident	15
1.8. Die Bundesregierung	15
1.9. Exekutive, Legislative, Judikative	16
1.10. Wahlsystem	16
2. Das politische System Österreichs	18
2.1. Die Neutralität	18
2.2. Die Landesregierung	19
2.3. Der Nationalrat	20
2.4. Der Bundesrat	21
2.5. Der Bundespräsident	21
2.6. Die Bundesregierung	22
2.7. Exekutive, Legislative, Judikative	23
2.8. Wahlsystem	23
3. KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs	24
3.1. Geschichtliche Entwicklung	24
3.1.1. Entstehung	24
3.1.2. Die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts	25
3.1.3. Die 30er Jahre, der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit	29
3.1.4. Die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts bis 1989	30
3.1.5. Die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts, Anfang des 21. Jahrhunderts	30

3.2. Gegenwart	31
3.2.1. Organisation der KPÖ	31
3.2.2. Wahlergebnisse	33
4. Die Linke	35
4.1. Geschichte, Entwicklung, Wahlergebnisse	35
4.1.1. Entstehung	35
4.1.2. Geschichte, Wahlen	35
4.2. Gegenwart	38
4.3. Vergleich mit der KPÖ	38
5. Sozialismus, Kommunismus - seine geschichtlichen Hintergründe, Entwicklungen und die wichtigsten Personen	40
5.1. Entstehung	40
5.2. Gliederung und weitere Entwicklung	41
5.3. Leninismus, Stalinismus	43
5.4. Andere Inspiratoren für KPÖ und Die Linke	44
6. Zusammenfassung	45
7. Abstrakt	48
8. Literaturverzeichnis	49



# Einleitung

Diese Bachelorarbeit befasst sich mit einer gegenüberstellenden Analyse der Parteiprogramme der deutschen Linkspartei und der kommunistischen Partei Österreichs.

Für diese Arbeit entschied ich mich, weil es mich interessierte, ob die linken Parteien Deutschlands und Österreichs, also die linken Parteien zwei deutschsprachiger Länder, in ihrer Struktur und ihren Programmen ähnlich oder unterschiedlich sind. Könnten die KPÖ und *die Linke* zusammenarbeiten und einander unterstützen? Wonach streben sie in ihren Parteiprogrammen? Weiter interessierte ich mich dafür, ob die KPÖ und die Linke heutzutage noch gewählt werden. Man würde erwarten, dass die linken Parteien nach der Wende 1989 keine Chance haben und die gegenwärtige Gesellschaft eher die Grünen, die FDP oder die ÖVP wählt. Wie ist die Tatsache bei der KPÖ und bei *der Linken*? Wie erfolgreich waren beide Parteien bei den letzten Bundestag- und Nationalratswahlen?

Wenn man aber nur Parteiprogramme und letzte Wahlergebnisse vergleichen würde, wäre es wahrscheinlich nicht genug. Deshalb wurden die politischen Systeme Deutschlands und Österreichs beschrieben. Gibt es irgendwelche Unterschiede zwischen dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland und dem politischen System der Republik Österreich? Man kann nicht nur Unterschiede zwischen den beiden Systemen kennenlernen, sondern auch sich besser im Thema orientieren.

Neben den oben genannten Kapiteln wurden noch Kapitel über die Geschichte und Entwicklung der KPÖ und *der Linken* hinzugefügt. Was beeinflusste beide Parteien? Welche Namen, Jahreszeiten und geschichtlichen Punkte waren für die Entwicklung der KPÖ und der Linken wichtig? Hatten oder haben beide Parteien heutzutage irgendwelche Vorbilder? Wenn man schon die Entwicklung und Geschichte erwähnte, sollte man auch die Ideologie der KPÖ und der Linke kennen. Welche Strömungen in der Geschichte spielten eine Rolle bei der Entwicklung der Parteimentalität? Dazu wurden die wichtigsten Namen der Philosophen und Denker, Gründer für Entstehung der sozialistischen, bzw. kommunistischen Ideologie und Strömungen dieser Ideologie erwähnt.

Wie zu sehen ist, beschäftigte ich mich mit mehreren Themen, Fragen und Problemen. Ich schrieb diese Bachelorarbeit mit dem Zwang eine logische Struktur der

Arbeit zu bilden. Eine Analyse von Parteiprogrammen an sich wäre nicht zu verstehen, man wüsste vermutlich nicht, was ich damit sagen wollte. Daher stellte ich mir auch andere Fragen und verglich andere Tatsachen, die nach dem Lesen dieser Bachelorarbeit hoffentlich eine Struktur und Hintergrund zu dem Hauptthema bilden. Ich schrieb diese Arbeit mit dem Ziel nicht nur die Parteiprogramme zu vergleichen, sondern auch diese Thematik in ihrer Komplexität verständlich zu erklären.

Das bedeutet, dass man nicht nur wissen sollte, welche Unterschiede es zwischen den Parteiprogrammen der KPÖ und der Linke gibt, sondern auch, was sie beeinflusste, wann und warum sie entstanden, worum sie sich bemühen, was sie der Gesellschaft sagen wollen und wie sie man in das politische Feld einordnen kann.

# 1. Das politische System Deutschlands

Das politische System Deutschlands wird als eine parlamentarische Demokratie oder als ein rationalisierter Parlamentarismus<sup>1</sup> definiert. Die parlamentarische Demokratie sowie der rationalisierte Parlamentarismus bestehen im kontrollierten Parlamentarismus und in einem Kanzlerprinzip. In der Realität sieht die Situation so aus, dass sich die politischen Parteien im Parlament treffen, die Interessen ihrer Genossen vertreten und von anderen Institutionen kontrolliert werden. Die Kanzlerin oder der Kanzler gehört zu den mächtigsten Personen des Staates. In diesem Teil der Bachelorarbeit werden alle wichtigen mit der parlamentarischen Demokratie verbundenen Begriffe des deutschen politischen Systems erklärt.

Das politische System Deutschlands ist strikt strukturiert, jedes Amt hat seine eigene Aufgabe. Alle Institutionen prägen dann ein festes Netz, damit die Sicherheit erhalten bleibt. In diesem Teil muss die Rolle des Grundgesetzes, der Landesregierungen, des Bundestages, des Bundesrates, des Bundesverfassungsgerichtes, der Bundesversammlung, des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, des Bundestagspräsidenten und des Bundesratspräsidenten erklärt werden.

## 1.1. Das Grundgesetz

*“Das Grundgesetz bindet die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Staatsverwaltung an Recht und Gesetz.“<sup>2</sup>*

Es handelt sich um die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, welche die größte Betonung auf die menschliche Würde legt. Das Grundgesetz bestimmt Grundrechte wie z.B. Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz, Freiheit der Presse und Medien oder Freiheit des Treffens usw. Deutschland wird durch das Grundgesetz als Rechtsstaat bestimmt. Das Grundgesetz trat am 23. Mai 1949 in Kraft.

Laut dem Grundgesetz muss nicht nur die Bevölkerung handeln, sondern auch alle politischen Institutionen. Das Grundgesetz gilt für alle ohne Ausnahme.

---

<sup>1</sup> Strmiska, Maxmilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilek, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 286 - 307.

<sup>2</sup> Hintereder, Peter / Fiebinger, Andreas / Schayan, Janet / u.a.: Tatsachen über Deutschland. Frankfurt am Main 2005. S. 53.

## **1.2. Die Landesregierung**

Am Anfang muss erwähnt werden, dass die Bundesrepublik Deutschland in sechzehn Bundesländer geteilt wird. Jedes von diesen Ländern wird in einen Regierungsbezirk geteilt. Die Regierungsbezirke haben ihre eigene Regierung, die unter der Landesregierung steht. Die Landesregierung trifft sich im Landtag und hat die Macht in seinem Bundesland. Die Vertreter aus der Landesregierung vereinigen sich im Bundestag. Das ist im Kurzen das Prinzip des Föderalismus. Föderalismus ist also eine Regierung zwischen einem Zentrum und einer Peripherie. Für eine bessere Erklärung können noch andere Staaten angeführt werden. Föderalismus gibt es in den Vereinigten Staaten, in Österreich oder auch in der Schweiz.

Jeder der sechzehn Landtage vertritt die Interessen des Bundeslandes. Auf diesem Niveau werden nur die Vorschläge behandelt, die nur das Bundesland betreffen. Im Landtag spricht man also nicht über die staatlichen Angelegenheiten, sondern auch über die örtlichen.

Die Abgeordneten der Landesparlamente werden von Bürgern gewählt. Diese Abgeordneten wählen die Landesregierung und stellen die Bundesversammlung. Die Landesregierung stellt die Vertreter des Bundesrates.

„Die Regierungen der Bundesländer bestehen aus den Ministerpräsidenten und den Landesministern. Regierungsbildung und Kompetenzen sind unterschiedlich geregelt.“<sup>3</sup>

## **1.3. Der Bundestag**

Der Bundestag der Bundesrepublik Deutschland wird als ein Einkammerparlament klassifiziert. Man verwendet ein personalisiertes verhältnismäßiges System.<sup>4</sup> Die Abgeordneten werden direkt für vier Jahre vom Volk gewählt. Der Bundestag hat insgesamt 598 Abgeordnete. Im Bundestag werden die staatlichen Angelegenheiten behandelt.

---

<sup>3</sup> Hintereder, Peter / Fiebinger, Andreas / Schayan, Janet / u.a.: Tatsachen über Deutschland. Frankfurt am Main 2005. S. 59.

<sup>4</sup> Strmiska, Maxmilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilek, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 288.

Zu den wichtigsten Befugnissen gehören die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung.

Im Bundestag treffen sich die folgende Parteien – die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich Demokratische Union (CDU), die Christlich-Soziale Union (CSU – betrifft Bayern), die Freie Demokratische Partei (FDP), die Grünen (Bündnis 90/Die Grünen) und Die Linke. Die Parteien werden in Ausschüsse geteilt, jede Partei hat ihren eigenen Ausschuss. Zu dem Ausschuss dürfen nur Mitglieder derselben Partei gehören. Man darf nämlich eine Fraktion bilden. Es geht eigentlich um eine Interessengruppe, die Abgeordneten verschiedener Parteien vereinigt.

*„Mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestags, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele in keinen Bundesland miteinander im Wettbewerb stehen, können eine Fraktion bilden. Nach der Fraktionsstärke bemisst sich auch ihr Anteil an der Zusammensetzung der Ausschüsse und des Ältestenrates.“<sup>5</sup>*

Der Bundestag wählt die Vertreter des Bundesverfassungsgerichts und stellt die Vertreter der Bundesversammlung. Der Bundestag schlägt eine Bundeskanzlerin oder einen Bundeskanzler vor. Diese Funktion erfüllt jetzt Angela Merkel. Die Stelle des Bundestagspräsidenten besitzt Norbert Lammert (CDU). In der staatlichen Hierarchie steht der Kanzler auf dem zweiten Platz nach dem Bundespräsident.

Jeder Abgeordnete hat das Recht einen Gesetzentwurf einzubringen, der später im Bundestag noch einmal besprochen wird. Die Abgeordneten sind dafür verantwortlich.

Im Rahmen des Bundestages wirkt der Vermittlungsausschuss<sup>6</sup>, der aus sechzehn Mitglieder des Bundestages und sechzehn Mitglieder des Bundesrates besteht. Der Vermittlungsausschuss funktioniert als ein Ratsorgan im Fall, wenn sich der Bundestag und Bundesrat auf keinen gemeinsamen Konsens einigen können. Der Vermittlungsausschuss bemüht sich dann, einen Kompromiss zu finden.

---

<sup>5</sup> Hintereder, Peter / Fiebinger, Andreas / Schayan, Janet / Giehle, Sabine: Tatsachen über Deutschland. Frankfurt am Main 2005. S. 57.

<sup>6</sup> Begriff Vermittlungsausschuss - [http://www.bundesrat.de/nn\\_8332/DE/br-dbt/va/va-node.html?\\_nnn=true](http://www.bundesrat.de/nn_8332/DE/br-dbt/va/va-node.html?_nnn=true), abgerufen am 11. 3. 2012

#### 1.4. Der Bundesrat

Neben dem Bundestag gibt es im politischen Feld auch den Bundesrat. Der Bundesrat ist eine eigenständige Institution, er ist also kein Teil des Parlaments. Das Parlament der Bundesrepublik Deutschland wird nämlich als ein Einkammerparlament definiert. Der Bundesrat ist ein Teil der Legislative.

Im Bundesrat treffen sich die Mitglieder der Bundesländer. Jeder von diesen Gliedern wird mit den Meinungen und den seines Bundeslandes verbunden. Diese Bedingung wird *das Imperativmandat*<sup>7</sup> genannt. Jedes im Bundesrat vertretene Bundesland hat mindestens drei Stimmen. Der Bundesrat hat 69 Mitglieder, laut der Größe des Bundeslandes wird entschieden, wie viele Stimmen des Bundeslandes im Bundesrat vertreten werden.

An der Spitze des Bundesrates steht der Bundesratspräsident. Der Bundesratspräsident wird für ein Jahr von den Mitgliedern des Bundestages gewählt, er vertritt den Bundespräsident bei dessen Abwesenheit. Nur der Bundeslandministerpräsident darf dieses Amt ausüben. In der heutigen Zeit vertritt dieses Amt Hannelore Kraft.

Der Bundesrat ist eine gleich berechtigte gesetzgebende Körperschaft<sup>8</sup> der Bundesrepublik Deutschland. Damit ein Gesetz gelten kann, muss es vom Bundesrat behandelt werden. Im Fall, dass es im Bundesrat nicht verabschiedet wird, darf der Bundesrat das Gesetz zum zweiten Mal behandeln und danach ohne den Bundesrat verabschieden. Eine andere Berechtigung, die der Bundesrat hat, ist die Bewilligung von Gesetzen, die im Bundestag verabschiedet werden. Im Fall, dass das Gesetz abgelehnt wird, trifft sich der sog. Vermittlungsausschuss. Der wird von 16 Gliedern des Bundestages und 16 Gliedern des Bundesrates verbunden. Der Vermittlungsausschuss trifft sich, um das Gesetz weiter zu behandeln oder ganz abzulehnen.

---

<sup>7</sup> Strmiska, Maxmilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilek, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 287.

<sup>8</sup> Hintereder, Peter / Fiebinger, Andreas / Schayan, Janet / Giehle, Sabine: Tatsachen über Deutschland. Frankfurt am Main 2005. S. 67.

### **1.5. Bundesverfassungsgericht**

Das Bundesverfassungsgericht wird höchstens von allen Gerichten der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Es wird von 16 Richtern geteilt – jeder Richter vertritt ein Bundesland. Die Richter werden vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt.

Das Bundesverfassungsgericht wird tätig, falls das Grundgesetz verletzt wird. Es beginnt zu handeln im Fall der Klage, die der Bundespräsident, der Bundestag, der Bundesrat, die Landesregierung oder der Bürger selbst erheben kann.

### **1.6. Bundesversammlung**

Die Bundesversammlung ist eine Versammlung von Mitgliedern des Bundesrates. Die Mitglieder der Bundesversammlung wählen den Bundespräsidenten und werden von Landesregierungen und Bundesregierungen gewählt.

### **1.7. Der Bundespräsident**

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland wird für 5 Jahre von der Bundesversammlung gewählt. Er ist das Staatsoberhaupt, seine Funktion ist repräsentativ und überparteilich – er vertritt die Bundesrepublik nach innen und außen, er gehört tatsächlich zu keiner Partei.<sup>9</sup>

Nur mit der Unterschrift des Bundespräsidenten wird das Gesetz gültig. Der Bundespräsident ernennt den Bundeskanzler und die Bundesregierung.

Seit 2010 bis 2012 vertrat dieses Amt Christian Wulf. Seit März 2012<sup>10</sup> vertritt das Amt des Bundespräsidenten Joachim Gauck.

### **1.8. Die Bundesregierung**

Die Bundesregierung wird von dem Bundesminister und von dem Bundeskanzler gebildet. Seit 2005 bildet Angela Merkel (CDU) den Kopf der

---

<sup>9</sup> Hintereder, Peter / Fiebinger, Andreas / Schayan, Janet / Giehle, Sabine: Tatsachen über Deutschland. Frankfurt am Main 2005. S. 59.

<sup>10</sup> [http://www.bundespraesident.de/DE/Home/home\\_node.html](http://www.bundespraesident.de/DE/Home/home_node.html) abgerufen am 12. 3. 2012

Regierung. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es fünfzehn Bundesministerien<sup>11</sup> Wirtschaft und Technologie und Stellvertreter des Bundeskanzlers (Philipp Rösler), Auswärtiges Amt (Guido Westerwelle), Inneres (Hans-Peter Friedrich), Justiz (Sabine Leutheusser-Schnarrenberger), Finanzen (Wolfgang Schäuble), Arbeit und Soziales (Ursula von der Leyen), Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ilse Aigner), Verteidigung (Thomas de Maiziere), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Kristina Schröder), Gesundheit (Daniel Bahr), Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Peter Ramsauer), Umwelt, Naturschutz, und Reaktorsicherheit (Norbert Röttgen), Bildung und Forschung (Annette Schavan), Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Dirk Niebel), Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (Ronald Pofalla).

### **1.9. Exekutive, Legislative, Judikative**

Der Sinn der Exekutive, Legislative und Judikative ist die Verbundenheit. Alle drei müssen einander kontrollieren und werden voneinander kontrolliert, ergänzen und werden voneinander ergänzt, um immer einen Konsens zu finden und im Einklang zu stehen.

Die Exekutive wird vom Bundespräsident, von der Bundesregierung und von dem Bundeskanzler gebildet. Es ist eine vollziehende Macht.

Legislative wird von dem Bundestag, von dem Bundesrat und von den Landesparlamenten geprägt. Es geht um die gesetzgebende Macht.

Judikative wird von dem Bundesverfassungsgericht, von den Bundesgerichten und Gerichten der Bundesländer gebildet. Es ist die gerichtliche Macht.

### **1.10. Wahlsystem**

In der Bundesrepublik Deutschland dürfen alle Leute wählen, die am Tag der Wahlen 18 Jahre sind. Die Wahlen sind allgemein, unmittelbar, frei, geheim und gleich. Das Volk wählt Mitglieder der Landtagen und Parteien im Bundestag.

---

<sup>11</sup> Bundesministerien – [www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Bundesministerien/bundesministerien](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Bundesministerien/bundesministerien), abgerufen am 26. 8. 2011



Der Bundestag wählt Mitglieder der Bundesregierung und den Bundeskanzler. Der Bundeskanzler schlägt die Bundesminister vor. Die Mitglieder des Bundestages stellen die Bundesverfassungsrichter.

Diese Mitglieder der Landesparlamente wählt die Landesregierung, weiter stellen sie die Mitglieder der Bundeversammlung. Die Landesregierung stellt den Bundesrat.

Die Bundesversammlung wählt den Bundespräsidenten. Der Bundespräsident ernennt nicht nur die Bundesregierung sondern auch den Bundeskanzler.

Der Bundesrat wählt die Bundeverfassungsrichter zusammen mit den Mitgliedern des Bundestages.

Das jetzige Wahlsystem dient als eine Sicherung vor einer Unruhe. Alle Organe des Systems sollen einander kontrollieren und in Gleichgewicht stehen. Man spricht über eine sogenannte parlamentarische Demokratie<sup>12</sup> und Parlamentarismus<sup>13</sup>.

---

<sup>12</sup> Art des Systems – parlamentarische Demokratie darf auch vertretbare Demokratie genannt werden.

Strmiska, Maxmilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilek, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 286.

<sup>13</sup> Das Mittel zum Regieren – Parlament stellt als ein der aktiv regierenden Organen vor, fachlich Parlamentarismus genannt.

Strmiska, Maxmilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilek, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 286 – 307.

## 2. Das politische System Österreichs

Nachdem das politische System Deutschlands in dem ersten Teil der Bachelorarbeit erklärt wurde, wird sich dieser Teil mit dem politischen System Österreichs beschäftigen.

Im Fall des österreichischen politischen Systems spricht man ebenso wie im Fall des deutschen politischen Systems über einen rationalisierten Parlamentarismus<sup>14</sup>. In der Republik Österreich wird seit dem Jahr 1945 die sogenannte *Zweite Republik* praktiziert. Politik wird in Österreich sowie in Deutschland auf einem föderalistischen Niveau gebildet. Das bedeutet in der Praxis, dass alle Einzelstaaten, Bundesländer sich in einen Staat vereinigen und die Macht des Staates bilden.

In beiden Staaten geht es also um eine föderalistische Regierung, Österreich sowie Deutschland werden als parlamentarische Demokratie, rationalisierter Parlamentarismus und als ein Kanzlermodell definiert. So könnte man annehmen, dass es zwischen den Systemen keinen Unterschied gäbe. Nach dem tieferem Studium von beiden Systemen entdeckt man, dass es sich zwar um Föderalismus handelt, aber dass die politischen Organe unterschiedlich strukturiert werden. Dieser Teil der Arbeit beschäftigt sich also nicht nur mit dem politischen System Österreichs, sondern auch mit den Unterschieden zwischen diesen beiden Staaten.

### 2.1. Die Neutralität

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Welt völlig zerstört und nach ein paar Jahren wurde sie geteilt. Es war nötig, eine neue außenpolitische Strategie zu finden. Weil Österreich vor dem 2. Weltkrieg von Deutschland annektiert wurde, war es auch von den Konsequenzen betroffen. Österreich wurde zum Beispiel auch in vier Besatzungszonen geteilt, wie Deutschland. Es musste sich also entscheiden, welchen Weg es wählt. Die Sowjetunion, gleich wie die Vereinigten Staaten wollte damals mit Österreich eine Zusammenarbeit verabschieden, weil es vielversprechende Ergebnisse

---

<sup>14</sup> Strmiska, Maximilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilík, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 286.

bedeuten hätte können. Die Mitarbeit mit einem von diesen Staaten hätte bedeuten, den zweiten Staat zum Feind zu machen.

Die erste Idee war, das deutsche System zu kopieren, aber als das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität der Republik Österreich in Wien am 26. Oktober 1955<sup>15</sup> verabschiedet wurde, war die Entwicklung der *Zweiten Republik* ganz klar. Österreich ließ sich von der Schweiz inspirieren und erklärte seine Neutralität in folgender Weise:

*„...durch eine Neutralitätsverpflichtung sichergestellt schien, dass das nach innen westlich orientierte Österreich militärisch nicht in den Westen eingebunden werden sollte.“<sup>16</sup>*

*„...die Vorbildrolle der Schweiz zu garantieren schien, dass eine so verstandene Neutralität nicht zur faktischen Abhängigkeit von der Sowjetunion führen würde.“<sup>17</sup>*

*„...weil auf diese Weise Staatsvertrag und Abzug der Besatzungsmächte um den Preis einer völkerrechtlichen Angleichung an die Schweiz durchaus wünschenswert erschienen.“<sup>18</sup>*

Die Neutralität könnte vielleicht als eine Passivpolitik erklärt werden. In der Praxis bedeutet es aber eine aktive Außenpolitik, deren Sinn nicht darin besteht anzugreifen, aber zu schützen. Österreich ist ein Mitglied der Vereinten Nationen, des Europarates und der Europäischen Union wie viele andere Staaten, es praktiziert aber keine autoritative politische Strategie, weil es sich davon distanziert. Die Neutralität ist einer der größten zwischen der deutschen und österreichischen außenpolitischen Strategie.

## **2.2. Die Landesregierung**

Zwischen der deutschen und österreichischen Landesregierung gibt es keine großen Unterschiede. Man könnte nur einen nennen - nach den Prinzipien des

---

<sup>15</sup> Nick, Rainer / Pelinka, Anton /: Österreichs Politische Landschaft. Innsbruck 1993. S. 23.

<sup>16</sup> Ebd., S. 23.

<sup>17</sup> Ebd., S. 23.

<sup>18</sup> Ebd., S. 23.

Föderalismus wird Österreich in neun eigenständige Bundesländer und diese wiederum in Bezirke geteilt, wobei Österreich eben kleiner ist und daher nur 9 Bundesländer hat.

Genauso wie in Deutschland hat jedes einzelne Bundesland eine eigene Landesregierung, welche die Gesetzgebung im Landtag beschloss. Auf diesem Niveau behandelt man nur die regionalen Sachen, die nur die Bundesländer betreffen. Die Landtagabgeordneten werden von Bürgern gewählt, die Landtage stellen die Mitglieder des Bundesrates.

### **2.3. Der Nationalrat**

*„Unechtes Zweikammersystem - Neben dem direkt gewählten Nationalrat mit 183 Abgeordneten existiert der indirekt, von den Landtagen bestellte Bundesrat (augenblicklich 63<sup>19</sup> Mitglieder), dessen Kompetenzen jedoch eindeutig hinter denen des Nationalrates zurückbleiben.“<sup>20</sup>*

Der Nationalrat ist die erste Kammer des österreichischen Parlaments, die aus 183 Mitgliedern, Abgeordneten, gebildet wird. Diese Abgeordneten werden für vier Jahren gewählt, während der Lesung dürfen sie Gesetzentwürfe einbringen. Im Nationalrat werden die innenstaatlichen und außenstaatlichen Angelegenheiten behandelt, die Gesetze werden hier verabschiedet und in den Bundesrat geschickt. Der Nationalrat hat die Möglichkeit des Misstrauenvotums<sup>21</sup>. An der Spitze des Nationalrates steht der Nationalratspräsident.

Im Nationalrat treffen sich auch die politischen Parteien – die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), die Grünen, Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) wird nur auf der Landesebene vertreten. Die Stelle des Nationalratspräsidenten besitzt jetzt Barbara Prammer (SPÖ). Die Parteien treffen sich in Fraktionen und Ausschüssen genauso wie in Deutschland nur mit dem Unterschied, dass es keinen Vermittlungsausschuss gibt.

---

<sup>19</sup> Jetzt gibt es 64 Mitglieder in dem Nationalrat. (In: Homolková, Božena /: Geschichte und Gegenwart der deutschsprachigen Länder. Plzeň 1998. S. 64.)

<sup>20</sup> Nick, Rainer / Pelinka, Anton /: Österreichs Politische Landschaft. Innsbruck 1993. S. 42.

<sup>21</sup> Ebd., S. 41.

Im Vergleich mit dem deutschen politischen System hat der Bundestag dieselben Befugnisse. Sonst gibt es zwischen diesen beiden Organen keinen Unterschied.

#### **2.4. Der Bundesrat**

Der Bundesrat ist die nächste Kammer des Zweikammersystems und des österreichischen Parlaments, die mit dem Nationalrat in Verbindung steht. Der Bundesrat hat 62 Mitglieder, die direkt von den Landtagen gewählt werden. Die Zahl der Bundesratsmitglieder wird nach der Zahl der Bundesländer gewechselt.

Die Stelle der Bundesratspräsidentin besitzt momentan Susanne Neuwirth (SPÖ). Die Stelle des Bundesratspräsidenten wird halbjährig nach der alphabetischen Reihe abgewechselt. Mitglied des Bundesrates, der bei Bundesratswahlen vom Landtag auf der ersten Stelle wird, wird dann ein Vorsitzender des Bundeslandes im Bundesrat. *Präsidentin oder Präsident wird jenes Mitglied des Bundesrates, das von seinem Bundesland an erster Stelle gereiht wurde.*<sup>22</sup> Präsidenten stehen zwei Vizepräsidenten zur Verfügung. Präsident des Bundesrates, seine Vizepräsidenten und alle andere Mitglieder des Bundesrates bilden eine Präsidialkonferenz.<sup>23</sup> Die Aufgabe des Bundesratspräsidenten ist den Bundesrat nach außen zu vertreten, die Sitzungen berufen und sie dann führen.

Im Bundesrat werden die Gesetze weiter behandelt und im Fall der Verabschiedung zum Bundespräsidenten geschickt. Im Bundesrat werden auch die Gesetze gehandelt, die der Bundesländer betreffen. Der Bundesrat hat eigentlich wenige Möglichkeiten und Rechte (zum Beispiel das Vetorecht), und daher besitzt dieser viel weniger Macht als der deutsche Bundesrat.

#### **2.5. Der Bundespräsident**

Wenn man die Stelle des deutschen und österreichischen Präsidenten vergleichen sollte, folgt daraus, dass der österreichische Präsident länger an der Macht, als der deutsche Präsident. Die Wahlperiode des Bundespräsidenten Österreichs dauert

---

<sup>22</sup> <http://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/>, abgerufen am 2. 12. 2011.

<sup>23</sup> Begriff Präsidialkonferenz - <http://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/>, abgerufen am 2. 12. 2011.

nämlich sechs Jahre und die Wiederwahl ist nur einmal möglich. Die Person wird direkt von dem Volk gewählt und stellt die Regierung und den Bundeskanzler, das ist in Deutschland nicht möglich. Ohne seine Unterschrift darf kein Gesetz beschlossen werden. Der Bundespräsident Österreichs vertritt den Staat nach innen und außen.

*„Das Amt des Bundespräsidenten ist jedenfalls nicht das Ziel aktiver Parteiführer der Großpartei. Aktive Parteiführer der Großparteien streben das Amt des Bundeskanzlers an.“<sup>24</sup>*

Der Unterschied zwischen dem deutschen und österreichischen Präsident besteht in der Länge der Präsidentenfunktion und in der Struktur der Wahl.

## **2.6. Die Bundesregierung**

Wie im früheren Absatz geschrieben wurde, wird die Bundesregierung Österreichs von dem Bundespräsidenten gestellt. Die Regierung ist eigentlich eine Versammlung von Bundesministern und von dem Bundeskanzler, die den Kopf der Regierung bilden.

Seit dem Jahr 2008 ist Werner Faymann (SPÖ) in dem Amt des Bundeskanzlers tätig. In der Republik Österreich befinden sich folgende Ministerien – Europäische und internationale Angelegenheiten (Michael Spindelegger), Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Rudolf Hundstorfer), Finanzen (Maria Fekter), Frauenangelegenheiten und Öffentliche Dienst (Gabriele Heinisch-Hosek), Gesundheit (Alois Stöger), Inneres (Johanna Mikl-Leitner), Justiz (Beatrix Karl), Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Nikolaus Berlakovich), Landesverteidigung und Sport (Norbert Darabos), Unterricht, Kunst und Kultur (Claudia Schmied), Verkehr, Innovation und Technologie (Doris Bures), Wirtschaft, Familie und Jugend (Reinhold Mitterlehner), Wissenschaft und Forschung (Karlheinz Töchterle).<sup>25</sup>

Wie auch schon geschrieben wurde, ist das Amt des Bundeskanzlers eine aktivere Position als die Stelle des Bundespräsidenten. Der Bundespräsident ist zwar die

---

<sup>24</sup> Nick, Rainer / Pelinka, Anton /: Österreichs Politische Landschaft. Innsbruck 1993. S53.

<sup>25</sup> Ministerien - <http://www.bka.gv.at/site/5394/default.aspx>, abgerufen am 19. 9. 2011.

mächtigste Person im Staat, politisch aktiver ist der Bundeskanzler. Im Vergleich mit Deutschland gibt es keine größeren Besonderheiten.

## **2.7. Exekutive, Legislative, Judikative**

Genauso wie im Fall Deutschlands soll zwischen der Exekutive, Legislative und Judikative in Österreich einen Gleichgewicht herrschen. Alle diese Organe müssen kontrollieren und voneinander kontrolliert werden.

Die Exekutive wird in Österreich von dem Bundespräsidenten, Bundeskanzler und der Regierung gebildet. Es ist eine vollziehende Macht.

Die Legislative wird in Österreich von dem Nationalrat, Bundesrat und den Landtagen gebildet. Es geht um eine gesetzgebende Macht.

Die Judikative ist ein Gerichtswesen und umfasst Bezirks-, Landes-, Oberlandesgerichte, Verfassungsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof. Es geht um die gerichtliche Macht.

## **2.8. Wahlsystem**

Im Vergleich mit dem Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich, hat das österreichische *Proporzwahlssystem*<sup>26</sup> eine größere Neigung zum Volk. Das Volk ist also viel mehr mächtiger und die Organe sind weniger miteinander verbunden.

In der Republik Österreich darf jeder Mensch wählen, der am Tag der Wahlen 16-jährig ist. Die Wahlen sind allgemein, unmittelbar, frei, geheim und gleich. Das Volk wählt die Mitglieder des Nationalrates direkt, die Mitglieder des Bundesrates indirekt über die Landtage und den Bundespräsidenten direkt.

---

<sup>26</sup> Strmiska, Maxmilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilík, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 305.

## 3. KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs

Dieser Teil der Bachelorarbeit behandelt die wichtigsten Etappen der Entwicklung der kommunistischen Partei Österreichs (weiter nur als KPÖ genannt). Er ist in drei kleinere Kapitel gegliedert – das erste Kapitel erklärt die Geschichte der KPÖ, das zweite Kapitel spricht über die gegenwärtigen Tendenzen und das politische Programm in dieser Partei und das dritte Kapitel umfasst Wahlergebnisse auf der Bundesebene.

### 3.1. Geschichtliche Entwicklung

#### 3.1.1. Entstehung

Die KPÖ wurde am 3. November 1918<sup>27</sup> in Wien als eine feierliche Reaktion auf die Oktober Revolution in Russland gegründet. Die Partei wurde stark von dem Marxismus-Leninismus beeinflusst, wobei sowie Namen wie *Antonio Gramsci*<sup>28</sup> oder *Rosa Luxemburg*<sup>29</sup> bei der Parteigründung genannt wurden.

Antonio Gramsci war ein Gründer der kommunistischen Partei Italiens. Obwohl er zu den ersten linksorientierten Menschen und Politiker gehörte, waren seine Meinungen nicht zu scharf und aggressiv, wie die der anderen, die nach ihm an die Macht kamen. Seiner Meinung nach sollte Sozialismus, sowie Mentalität der Kommunistischen Partei Italiens, auf der Solidarität und auf der Mäßigkeit aufgebaut werden. Er dachte, dass die Politik der kommunistischen Partei Italiens vor allem auf der Solidarität und auf dem gemäßigten Sozialismus. Er wurde von Musollinis Regime im Gefängnis gehalten.

Rosa Luxemburg ist ein ähnlicher Fall, wie Antonio Gramsci. Sie war Gründerin der Komasieren solltemmunistischen Partei Polens und nach ein paar Jahren der Sozialdemokratischen Partei Polens. Bis zu ihrem Tod wirkte sie als eine stolze Revolutionärin im damaligen Deutschland. Sie wurde beschuldigt, an einem

---

<sup>27</sup>Entstanden im Revolutionsjahr 1919 - <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13. 12. 2011

<sup>28</sup><http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/antonio-gramsci.html>, abgerufen am 4. 11. 2011

<sup>29</sup><http://zivotopisyonline.cz/rosa-luxemburgova-nemecka-revolucionarka-spoluzakladatelka-nemecke-komunisticke-strany/> abgerufen am 4. 11. 2011



kommunistischen Aufstand teilgenommen zu haben. Sie wurde zum Tode verurteilt und in Folge dieses Urteils erschossen.

Also nicht nur die marxistischen und leninistischen Theorien, sondern auch diese zwei Geschichten haben die KPÖ beeinflusst. Die Mentalität der KPÖ wurde zwar seit dem Ursprung auf den traditionellen sozialistischen Regeln gegründet, wie aber auch bei anderen kommunistischen Parteien ereigneten sich in ihrer Entwicklung viele Vorfälle, die dann weiter zu vielen Änderungen des Programms sowie auch zu Änderungen des Verhaltens oder zu einem Verbot der Partei führten.

Zu den wichtigsten Daten gehören die Jahre 1918, 1938 und 1968.<sup>30</sup> Die wichtigsten Veränderungen und diese Jahre betreffenden Bewegungen werden weiter erklärt.

### 3.1.2. Die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts

Nach dem ersten Weltkrieg fing eine neue Etappe in der Weltgeschichte an – die goldene 20er Jahre. Die Welt war plötzlich offener und freier - die Habsburger Monarchie wurde zum Ende geführt und neue Staaten entstanden. Eine Frage war nahe liegend, und zwar, warum nicht etwas Neues beginnen? Im 20. Jahrhundert entstanden also viele politische, künstlerische, philosophische und andere Strömungen, die die damalige Mentalität stark beeinflusst haben. Die 20er Jahre, waren auch ein fruchtbarer Boden für die heute *extrem genannten politischen Parteien, Gruppen und Bewegungen*<sup>31</sup>.

Auch die neu gegründete kommunistische Partei Österreichs hat sich dieselbe Frage gestellt. Die Kommunistische Partei Österreichs wurde zuerst als die KPDÖ<sup>32</sup> gegründet. Auf dem Ursprung nahmen mehrere linksradikale Gruppen teil – *Friedrich Adler*<sup>33</sup> wurde der wichtigste Exponent der Gründung der neuen revolutionären

---

<sup>30</sup>Jahreszahlen - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4.11.2011

<sup>31</sup> Extrem genannte politische Parteien, Gruppen und Bewegungen – damit werden links-beziehungweise rechtsorientierte politische Parteien, wie zum Beispiel KSČ in der damaligen Tschechoslowakei, die NSDAP in damaligen Deutschland oder KPÖ in damaligen Österreich gemeint. Meistens handelte sich nicht absichtlich um extreme politische Parteien, extremistische Tendenzen wurden im Laufe der Zeit entdeckt. Ein von den Gründen war beispielsweise die wirtschaftliche Krise, die 1929 an fing.

<sup>32</sup> KPDÖ – Die Kommunistisch-Demokratische Partei Österreichs

<sup>33</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

Arbeiterpartei. Im Vergleich mit anderen Kommunistischen Parteien<sup>34</sup>, wurde die KPÖ nicht aufgrund des Missverständnisses zwischen den parteilichen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Parteien gegründet. Die Gründung der KPÖ war eine spontane Veranstaltung.

Der erste Vorsitzende der Partei war *Karl Steinhart*<sup>35</sup>. Weil die KPÖ in Wien gegründet wurde, brauchte sie mehrere Anhänger auch in anderen Bundesländern Österreichs. Steinhart reiste im Januar 1919 aus Wien in den Westen, um die Gründungsversammlungen auch in anderen österreichischen Städten zu erhalten. In St. Pölten, Amstetten, Steyr, Linz, Wels, Attnang-Puchheim, Gmunden, Ebensee und Salzburg war er erfolgreich. In Linz war die Situation ganz interessant – es gab einzelne kommunistische Gruppen und Bewegungen, die aber nicht zusammen arbeiteten. *Heinrich Reisecker*<sup>36</sup> kam dann aus Wien mit dem Gründungsvertrag nach Linz, wo die KPÖ danach offiziell gegründet wurde.

Die erste Veranstaltung der neu gegründeten KPÖ fand am *4. Februar 1919*<sup>37</sup> in der Gaststätte zur Tauben in Linz statt, als Redner wurde Karl Steinhart aufgestellt. Die Veranstaltung wurde aber von der Polizei verboten, Steinhart und Reisecker wurden verhaftet. Die Polizei verstand die Situation anders – sie verband die Veranstaltung der KPÖ mit dem gleichzeitig veranstalteten Protest in Linz. Nach ein paar Stunden wurden Steinhart und Reisecker wieder freigelassen.

Am *19. Februar 1919*<sup>38</sup> fand eine Konferenz der Arbeiter und Soldaten in Linz statt, nach der die KPÖ einen großen Auftrieb wegen Auftreten von *Leopold Siharsch*<sup>39</sup> als Kommunist bekam.

Am *21. Februar 1919*<sup>40</sup> fand eine Gründungsammlung in der Gaststätte *zum Elefanten* statt. Auf dieser Sammlung wurden *Elfriede Friedländer* und *Gerhard Eisler* als Referenten des Zentralkomitees erstellt. Leopold Siharsch und Heinrich Reinsecker wurden als die führenden Funktionäre genannt. Weitere wichtige Personen, der in Linz

---

<sup>34</sup> Wie zum Beispiel in der Tschechoslowakei oder in Deutschland

<sup>35</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>36</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>37</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>38</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>39</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>40</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

gegründeten KPÖ waren *Grubmüller, Willinger, Mathies, Eckle, Pfeiffer*<sup>41</sup> u.a., später traten *Roth, Matchler, Wernbacher*<sup>42</sup> bei.

Bei der Gründungssammlung traten hundert Arbeiter und Soldaten in die KPÖ bei. Die KPÖ war eine massiv wachsende Partei, obwohl ihre Funktionäre meistens junge Menschen ohne eine politische Erfahrung waren. Bis Sommer 1919 traten etwa 1000 Mitglieder bei. Die in Linz neu gegründete Partei wurde von der Polizei beobachtet.

Auch in Steyr wurde die KPÖ beliebt. Am 23. *Februar 1919*<sup>43</sup> fand eine erste öffentliche Veranstaltung der KPÖ in Steyr statt. Von den wichtigsten, in Steyr tätigen Personen können der Betriebsrat für Arbeiter *Johann Bauernfeind*<sup>44</sup> und der Hilfsarbeiter *Johann Gruber*<sup>45</sup> genannt werden. Auch die sozialdemokratischen Angehörigen traten in die KPÖ ein. Zu den KPÖ-Funktionären in Steyr gehörten z.B. *Karl Burgholzer, Rosa Kerbler oder Käthe und Josef Urban*.<sup>46</sup> Nachdem die Räterepublik in Ungarn im Jahre 1919<sup>47</sup> niedergeschlagen wurde, wurden die Kommunisten in Steyr verfolgt. Etwa 350<sup>48</sup> damalige Angehörige der KPÖ wurden aus Steyr-Werke gekündigt. In demselben Jahr wurde die KPÖ auch im Barackenviertel Letten gegründet, die von früheren in Fabriken arbeitenden Funktionären der Sozialdemokratie wie *Josef Gihammer und Franz Walcher*<sup>49</sup> geleitet wurde.

Am Anfang 1919 wurde die KPÖ in Wels gegründet. Am 21. *Juni 1919*<sup>50</sup> fand eine erste öffentliche Versammlung der Partei in Wels statt. Als Referenten wurden *Arwingrad aus Wien und Ladsteiner aus Linz*<sup>51</sup> aufgestellt. Später wurde es *Karl Ammer*<sup>52</sup> ein Mitglied der KPÖ, der ein Obmann der Organisation wurde. Als Vertreter

---

<sup>41</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>42</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>43</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>44</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>45</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>46</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>47</sup> Jahreszahl - <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>48</sup> Zahl - <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>49</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>50</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>51</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>52</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

der KPÖ im Bezirk Wels-Land wurden *Karl Schwarzmüller, Alois Welischek und Franz Lexl*<sup>53</sup> aufgestellt.

Stadl-Paura wurde vor allem von revolutionären Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter, sowieso von Arbeiter in Flachspinnereien vertreten. Die KPÖ wurde in Stadl-Paura ab 1924 mit zwei Mandaten im Gemeinderat vertreten, solange bis alle Mandate 1933 annulliert wurden.

Im Salzkammergut wurden linksradikale Tendenzen vor dem ersten Weltkrieg wahrgenommen. Einige russische Radikale waren auf der Gründung der jungen Partei<sup>54</sup> tätig. Zu den wichtigsten Aktivisten gehörten *Josef Kasberger, Karl Leitner und Anton Ritzinger*.<sup>55</sup> Das Salzkammergut knüpfte Kontakte vor allem mit Stadl-Paura und Steyermühl. Zu den wichtigsten parteilichen Mitgliedern in Steyermühl gehörten z.B. *Franz Schanda, Hans Baumgartner, Wilhelm Feichtlbauer, die Brüder Franz und Richard Brandner*.<sup>56</sup>

In Attnang-Puchheim wurde die KPÖ am Anfang des Jahres 1919 von *Karl Schwarzmüller*<sup>57</sup> gegründet. Die KPÖ wurde dann im Kohlenrevier gegründet, bei der Schwarzmüller auch tätig war. Die KPÖ wurde in anderen Städten wie *Bad Ischl (1926), Gmunden (1930) und Goisern (1930)*<sup>58</sup> gegründet.

Für die KPÖ war damals besonders wichtig einen Kontakt und eine Beziehung mit der Sowjetunion herzustellen und zu halten. Ihre Tendenz war, dominant und autoritär zu sein. Die KPÖ wurde dann eher eine kleinere Partei, die auf die damalige Politik keinen großen Einfluss ausüben konnte. Das Jahr 1918 ist für die Geschichte der KPÖ wichtig wegen ihrer Entstehung.

---

<sup>53</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>54</sup> KPÖ

<sup>55</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>56</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>57</sup> <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<sup>58</sup> Städte - <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

### 3.1.3. Die 30er Jahre, der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit

Die 30er und 40er Jahre haben für die KPÖ eine Katastrophe bedeutet. Im Jahre 1933 wurde die KPÖ verboten. Noch im Jahre 1933 ist eine *Heimatfront*<sup>59</sup> entstanden, die als Reaktion auf das Regime der NSDAP gedient hat. Diese politische Bewegung überlebte nur bis März 1938, als Österreich zu Deutschland annektiert wurde. Die KPÖ, sowie andere kommunistische und sozialistische Parteien in den von Adolf Hitler besetzten Länder, war nächster Gegenstand Hitlers Aufmerksamkeit. Die Politik linksorientierter Parteien hatte nichts gemeinsam mit der Politik NSDAP. Deswegen wurden viele Mitglieder der KPÖ von dem Nationalsozialismus verhaftet (z.B. *Maria Cäsar*<sup>60</sup>), in ein transportiert (z.B. *Hans Marsalek*<sup>61</sup>) getötet (z. B. *Ernst Kirschweger*<sup>62</sup>), oder mussten im Exil leben (z. B. *Otto Tausig*<sup>63</sup>, *Malke Schorr*<sup>64</sup>). Während des 2. Weltkriegs kamen mehr als 2000<sup>65</sup> Kommunisten um ihr Leben.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurde die KPÖ noch im Parlament der Republik Österreichs vertreten. Nach 1947<sup>66</sup> begann sie ihre Wähler und Unterstützung zu verlieren und seit 1959<sup>67</sup> ist sie auch wegen der Neutralitätspolitik eigentlich nur eine kleine Partei ohne Vertretung im Parlament.

---

<sup>59</sup> Strmiska, Maxmilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilík, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 313.

<sup>60</sup> <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/browse/7/article/Maria-Caesar-feiert-90-Geburtstag/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>61</sup> <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/article/Mauthausen-UEberlebender-Hans-Marsalek-gestorben/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>62</sup> <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/browse/11/article/Ernst-Kirschweger-Gedenken-der-KPOE-Favoriten/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>63</sup> <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/browse/1/article/Otto-Tausig-1922-2011/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>64</sup> <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/browse/6/article/Herz-und-Hirn-der-Roten-Hilfe/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>65</sup> Geschätzte Zahl der Totgeschlagenen - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>66</sup> Strmiska, Maxmilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilík, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1: Praha 2005. S. 313.

<sup>67</sup> Krno, Svetozár: Politické strany alpských a stredozemných krajín. Univerzita Konštantína Filozofa, 2000. S. 187.

### 3.1.4. Die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts bis 1989

In den 60er Jahren hat die KPÖ ihre Position auch im Nationalrat verloren. 1966 hat sie ihre Kandidatur in Nationalrat zugunsten der SPÖ<sup>68</sup> aufgegeben.<sup>69</sup> Später hat sich die KPÖ geäußert, dass sie diese Entscheidung als eine Fehlentscheidung wahrnimmt. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei im Jahre 1968, hat der ehemalige Vorsitzender der KPÖ *Franz Muhri*<sup>70</sup> erklärt, dass sie den Einmarsch als eine Geste wahrnehmen, die den Sozialismus mit dem menschlichen Gesicht zerstört. In der damaligen Tschechoslowakei gelang eine Entspannung des Regimes, welche diese Tendenz *Sozialismus mit dem menschlichen Gesicht* nannte. Ab diesem Zeitpunkt hat die KPÖ ihre Meinungen und ihre Einstellungen langsam begonnen zu ändern. Nach dem Fall des eisernen Vorhangs hat die KPÖ über eine Umbenennung der KPÖ nachgedacht. Sie hat die Wende als Verlust eines jahrzehntenlang geltenden Bezugspunktes<sup>71</sup> verstanden.

In den 60er Jahren verließen die KPÖ einige Mitglieder und Intellektuelle, wie z.B. *Ernst Fischer, Franz Marek, Theodor Prager*.<sup>72</sup>

### 3.1.5. Die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts, Anfang des 21. Jahrhunderts

Die 90er Jahre haben für die KPÖ einen neuen Anfang bedeutet. Die Partei musste sich entscheiden, welchen Weg sie gehen wird, ob sie sich ändert und welche Meinungen sie vertreten wird. 1994 hat sie sich negativ gegenüber dem EU-Beitritt geäußert. Die Europäische Union wird als ein *neoliberales Kapitalismusmodell*<sup>73</sup> in Österreich von der KPÖ wahrgenommen, was natürlich für eine erfolgreiche Entwicklung des Staates nicht gut ist. Die Verankerung von Militarisierung, sowie Neoliberalismus im EU-Vertrag hat die KPÖ ebenso kritisiert. Wegen der Enteignung

---

<sup>68</sup> SPÖ – Sozialistische Partei Österreichs.

<sup>69</sup> Jahreszahl - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4. 11. 2011

<sup>70</sup> <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>71</sup> Begriff Bezugspunkt - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4. 11. 2011

<sup>72</sup> <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>73</sup> Begriff neoliberales Kapitalismusmodell - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4. 11. 2011

der KPÖ durch die deutsche Justiz musste sich die Partei 2003<sup>74</sup> den neuen Bedingungen unterziehen – sich neu strukturieren und die Arbeitsweise anpassen. Es wurde nämlich entdeckt, dass die *KPÖ-eigene Handelsfirma Novum*<sup>75</sup> das Geld der bundesdeutschen Gesellschaft Obhut<sup>76</sup> Provisionen schuldig war. Dieses Geld wurde schließlich der KPÖ enteignet. Seit 2004<sup>77</sup> ist die KPÖ ein Mitglied der Europäischen Linken und ist weiter in anderen verschiedenen linksorientierten Bewegungen tätig.

### 3.2. Gegenwart

Wie schon erwähnt wurde, musste die KPÖ laut der österreichischen Justiz in einer anderen Weise strukturiert werden und musste ihr Parteiprogramm verändern. Die letzte Version der Organisation wurde beim 31. Parteitag am 8. Dezember 2000<sup>78</sup> beschlossen.

#### 3.2.1. Organisation der KPÖ

Die KPÖ ist laut ihres Programms eine *demokratische, gesamtösterreichische, antipatriarchale, auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende und in ihrer Struktur föderalistische Partei*.<sup>79</sup> Ihre Politik ist auf sozialistischen, revolutionären und fortschrittlichen Reformmeinungen gegründet. Die KPÖ bemüht sich einen demokratischen Sozialismus zu vertreten, der zu einer klassenlosen Gesellschaft führt. Die KPÖ vertritt eine, die kapitalistische Gesellschaft überwindende Stellung. *Melina Klaus und Mirko Messner*<sup>80</sup> sind die momentanen Bundessprecher.

Die KPÖ setzt sich für Meinungspluralität, Freiheit der innerparteilichen Kritik und offenen Meinungsstreiten ein. Die Partei will eine Politik ohne Ausgrenzungen und

---

<sup>74</sup> Jahreszahl - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4.11.2011

<sup>75</sup> Begriff KPÖ-eigene Handelsfirma Novum - <http://www.freitag.de/politik/0341-kommentar> abgerufen am 18.12.2011

<sup>76</sup> Name der Firma - <http://www.freitag.de/politik/0341-kommentar> abgerufen am 18.12.2011

<sup>77</sup> Jahreszahl - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4.11.2011

<sup>78</sup> Jahreszahl - [http://www.niemals-vergessen.com/programm\\_kpoe.htm](http://www.niemals-vergessen.com/programm_kpoe.htm) abgerufen am 5.11.2011

<sup>79</sup> Selbstbestimmung der Partei - [http://www.niemals-vergessen.com/programm\\_kpoe.htm](http://www.niemals-vergessen.com/programm_kpoe.htm) abgerufen am 5.11.2011

<sup>80</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische\\_Partei\\_%C3%96sterreichs](http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische_Partei_%C3%96sterreichs) abgerufen am 18.12.2011

Manipulation durchsetzen. Der KPÖ Meinung nach bedeutet die zwischenparteiliche Kommunikation Toleranz, diskreten Umgang mit politischen Mitgliedern, konstruktive Meinungsstreiks, kämpferische Solidarität und Bemühung um Einheit des Handels.

Die Partei wird in Parteigruppen, Bezirksorganisationen und Landesorganisationen geteilt. Parteigruppen arbeiten nach beruflichen, betrieblichen, territorialen und thematisierten Bezirken. Die Bezirksorganisation ist eigentlich eine höher stehende Gruppe, zu der bestimmte berufliche, betriebliche, territoriale und thematisierte Kreise gehören. Die Landesorganisation ist dann eine Gruppe der Mitglieder, die alle eine Landesebene vertreten. Landesorganisationen sind dem Bundesvorstand untergeordnet. Mitglieder der Landesorganisationen treffen sich in Landtagen.

Das höchste Organ der KPÖ ist der Parteitag, der alle drei Jahre zusammen tritt. Es kann sich um einen Delegiertenparteitag oder um einen Mitgliedparteitag handeln. Auf dem Parteitag behandelt man verschiedene parteiliche, programmatische und politische Angelegenheiten, die die Parteigruppenebene, Bezirksebene und Landesebene betreffen. Während des Parteitages spricht man über die parteilichen Tätigkeiten und Entwicklungen. Im Fall der parteilichen Regelverletzung, wird über Entlassungen der Mitglieder abgestimmt. Auf dem Parteitag wird sich die Partei der Bundeskontrolle und Bundesüberprüfung unterziehen.

Zu den wichtigsten Entscheidungsinstanzen gehören Schiedskommission, Bundesvorstand und Bundeskontrolle. Der Bundesvorstand entscheidet über Wahlorganisation, wählt Finanzreferenten und Finanzreferentinnen und ist zwischen den Parteitagen das höchst stehende Organ. Der Bundesvorstand hat einen eigenen Vorsitzenden. Der Bundesvorstand hat dann die Pflicht auf der Parteikonferenz seine Entscheidung, Entdeckung und Vorschlag mitzuteilen. Jedes Mitglied der KPÖ ist berechtigt, an der Parteikonferenz teilzunehmen. Die Bundeskontrolle ist dann verpflichtet, die finanziellen Spenden der Partei zu überprüfen. Die Aufgabe der Schiedskommission ist zu entdecken, wie und ob die unter stehenden Organisationen und Organe parteiliche Regeln einhalten. Das heißt, dass die Schiedskommission die Parteileiter, Funktionäre und Funktionärinnen, Einzelmitglieder und Teilorganisationen überwacht.



Wahlen sind in der KPÖ geheim, jedes Mitglied hat dann die Möglichkeit sich in den Wahlen zu äußern. Die Mitglieder dürfen wie andere Mitglieder oder Vorsitzende wählen, so dürfen sie sich in den Landtagswahlen und Nationalratswahlen auch äußern.

### 3.2.2. Wahlergebnisse

Wie schon erwähnt wurde, hat die KPÖ ihre Wähler und Wahlunterstützung langsam verloren. In der Tabelle<sup>81</sup> unten wird konkret erklärt, wie erfolgreich die KPÖ war – alle Wahlergebnisse auf der Bundesebene sind in der Tabelle zu lesen. Die Ergebnisse werden mit den Ergebnissen der stärksten Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ verglichen.

Jahr	ÖVP	SPÖ	FPÖ	KPÖ
1945	49,8	44,6	-	<b>5,4</b>
1949	44,0	38,7	11,7	<b>5,1</b>
1953	41,3	42,1	11,0	<b>5,3</b>
1956	46,0	43,0	6,5	<b>4,4</b>
1959	44,2	44,8	7,7	<b>3,3</b>
1962	45,4	44,0	7,1	<b>3,0</b>
1966	48,4	42,6	5,4	<b>0,4</b>
1970	44,7	48,4	5,5	<b>1,0</b>
1971	43,1	50,0	5,5	<b>1,4</b>
1975	43,0	50,4	5,4	<b>1,2</b>
1979	41,9	51,0	6,6	<b>1,0</b>
1983	43,2	47,7	5,0	<b>0,7</b>
1986	41,3	43,1	9,7	<b>0,7</b>

<sup>81</sup> Říhová, Blanka: Komparace politických systémů. Západoevropské politické systémy. Vysoká škola ekonomická v Praze. 2009. S. 192.

1990	32,1	42,8	16,6	<b>0,5</b>
1994	27,7	34,9	22,6	<b>0,3</b>
1995	28,3	38,1	21,9	<b>0,3</b>
1999	26,9	33,2	26,9	<b>0,5</b>
2002	42,3	36,5	10,0	<b>0,6</b>
2006	34,3	35,3	11,0	<b>1,0</b>
<b>2008</b>	26,0	29,3	17,5	<b>0,8</b>

Aus der Tabelle ist also zu lesen, wie die Partei ihre Stellung verloren hat. Die Letzten Wahlergebnisse der KPÖ waren 0,8% der Stimmen. Die KPÖ war in der Koalition eigentlich nur zweimal vertreten – im Jahre 1945<sup>82</sup> mit SPÖ und ÖVP, wann *Karl Renner*<sup>83</sup> eine provisorische Regierung bildete, solange eine neue Regierung und ein neuer Bundeskanzler 1945 gestellt wurde. Zwischen Jahren 1945-1947<sup>84</sup> war die KPÖ in der Koalition wieder mit der SPÖ und mit der ÖVP. Die KPÖ verlor bis zum Jahre 1947 ihre Vertretung in Nationalrat. Bis Ende der Wahlzeit blieben die SPÖ und die ÖVP an der Macht. Kein Mitglied der KPÖ wurde ein Bundeskanzler oder ein Bundespräsident. *Heutzutage ist die KPÖ im Parlament nicht mehr vertreten, verfügt jedoch über gute Beziehungen mit osteuropäischen Ländern.*<sup>85</sup> Die KPÖ ist in folgenden Bundesländern Österreichs vertreten – Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Burgenland und Vorarlberg.<sup>86</sup> Weiter ist die Partei in folgenden Städten<sup>87</sup> Österreichs vertreten – Wien, Salzburg, Tirol, Kärnten.

<sup>82</sup> Říchová, Blanka: Komparace politických systémů. Západoevropské politické systémy. Vysoká škola ekonomická v Praze. 2009. S. 182.

<sup>83</sup> <http://www.bundespraesident.at/historisches/bisherige-amtsinhaber/karl-renner-1870-1950/> abgerufen am 18. 12. 2011

<sup>84</sup> Říchová, Blanka: Komparace politických systémů. Západoevropské politické systémy. Vysoká škola ekonomická v Praze. 2009. S. 182.

<sup>85</sup> Krno, Svetozár: Politické strany alpských a stredozemných krajín. Univerzita Konštantína Filozofa, 2000. S. 187. Selbst übersetzt.

<sup>86</sup> Konkrete Bundesländer - <http://www.kpoe.at/home/kp-sites-amp-kontakt/uebersicht-kontakte.html> abgerufen am 11. 3. 2012

<sup>87</sup> Konkrete Städte - <http://www.kpoe.at/home/kp-sites-amp-kontakt/uebersicht-kontakte.html> abgerufen am 11. 3. 2012

## 4. Die Linke

Dieser Teil der Bachelorarbeit bearbeitet die Entstehung, Entwicklung und Geschichte der deutschen Partei *die Linke*. Weiter werden in diesem Teil letzte Wahlergebnisse im Bundestag und in Landtagen erwähnt. Der Teil ist mit der gegenseitigen Analyse von der KPÖ und von der Linken verbunden.

### 4.1. Geschichte, Entwicklung, Wahlergebnisse

#### 4.1.1. Entstehung

Die Linke entstand am *16. Juni 2007*<sup>88</sup> in Berlin. Die Linke ist eine neu gegründete Partei, die aus der Vereinigung von der WASG<sup>89</sup> und der PDS<sup>90</sup> entstanden. Es handelt sich um eine neue kommunistische Partei im vereinigten Deutschland. Die Geschichte der Linken ist zwar kurz, die Geschichte der Parteien, aus der die Linke entstand, ist ganz alt. Die momentanen Parteivorsitzenden sind *Klaus Ernst und Gesine Löttsch*<sup>91</sup>.

#### 4.1.2. Geschichte, Wahlen 2009

Am Anfang dieses Absatzes muss noch erwähnt werden, dass die heutige Linke eine reiche Geschichte hat. Heute heißt die Partei zwar die Linke, früher handelte sich um eine einzige Partei, welche die Deutsche Demokratische Republik beherrschte. Die SED<sup>92</sup> war gerade die politische Partei, die das sowjetische Modell übernahm und es in Ostdeutschland praktizierte. Nach der Wende 1989 wurde die SED auf die PDS umbenannt. Die PDS vertrat das linke politische Feld des damaligen Ostdeutschlands. Die WASG bildete daneben das linke politische Feld des damaligen Westdeutschlands.

---

<sup>88</sup> <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/juni/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>89</sup> Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative

<sup>90</sup> Partei des Demokratischen Sozialismus

<sup>91</sup> <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>92</sup> Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Gleich im Jahre 2007 fand eine Veranstaltung statt, im Rahmen deren die Linke gegen Kinderarmut<sup>93</sup> auftrat. Ein nächstes Thema, mit dem sich die Linke beschäftigte, war die *Auseinandersetzung mit Neonazismus und Demokratie*<sup>94</sup>. 2007 wurde ein Landesorgan der Linken in Brandenburg gegründet. Als Vorsitzender wurden *Thomas Nord, Kirsten Tackmann und Christian Eicke*<sup>95</sup> gewählt. Im September 2007 findet eine Vorbereitung der Parteigründung in Templin statt, wo *Gregor Gysi und Oskar Lafontaine*<sup>96</sup> als Redner und ehemalige offizielle Vorsitzende der Partei austraten.

Im Jahre 2008 fand eine erste Tagung<sup>97</sup> der Linke statt. Auf dieser Tagung wurde die Wahl von Thomas Nord, Kirsten Tackmann und Christian Eicke bestätigt. Im April 2008 übernahm Bundespräsidentin Petra Pau eine Unterschrift<sup>98</sup> für ein Referendum zum Vertrag Lissabon von Helmut Scholz, der Vorsitzende für die europäische Linke, und Diether Dehm, europapolitischer Sprecher der Linksfraktion. Weiter bereitete die Linke einige Pläne vor, die Themen wie Ökologieschutz, Toleranz und Extremismus zu betrafen. Während des ersten Parteitages 2008 wurden die wichtigsten Aufgaben<sup>99</sup> bis zu den Bundestagswahlen festgestellt. Im November 2008 fand eine *Konferenz der Partei der europäischen Linken*.<sup>100</sup> Die am meisten besprochenen Themen sind Ökologie, Solidarität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Im Januar 2009 wurde ein Landverband<sup>101</sup> der Linken in Frankfurt am Main gegründet. Im März 2009 werden zum ersten Mal die Mitglieder der Partei einer

---

<sup>93</sup> Artikel „Aktion der Landtagsfraktion - Hartz IV = Kinderarmut“ – o. V., *Aktion der Landtagsfraktion – Hartz IV = Kinderarmut*. In: *die-Linke.de*[online] 23.8.2007 [zit. 21-1-2012]. Verfügbar unter: <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/august/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>94</sup> Artikel „Kein Raum für Nazis“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>95</sup> <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>96</sup> Artikel „Forum in Vorbereitung der Parteigründung“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>97</sup> Tagung - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2008/januar/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>98</sup> Artikel „LINKE übergibt Unterschriften für Europa-Referendum“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2008/april/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>99</sup> Artikel „Ökologische Konferenz der Linken“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2008/mai/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>100</sup> Offizieller Name der Konferenz - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2008/november/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>101</sup> Artikel „Gründung des SDS Brandenburg“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2009/januar/> abgerufen am 21. 1. 2012

Überprüfung in der Stasi-Tätigkeit<sup>102</sup> unterzogen. Diese zeigte, dass 22 Mitglieder von 46 Interviewten bei der Stasi tätig waren. Bei den am 9. Juni 2009<sup>103</sup> stattgefundenen Europawahlen bekam die Linke 7,5 % der Stimmen. Am 27. September 2009<sup>104</sup> bekam die Linke bei den Bundestagswahlen 11,9 % der Stimmen. Der Linke gehören also im Bundestag 76 Mandate. Später im demselben Jahr bereitete sich die Linke auf ihre Mitgliedschaft im Europäischen Parlament und im Bundestag vor.

Im September 2009 veranstaltete die Linke eine Anti-Atom-Schultour<sup>105</sup>, in dessen Rahmen sie Schüler mit dem Thema Atomenergie vertraut machen wollte. Weiter verlief im September ein Gespräch über das neue politische Programm der Linken.

Im Februar 2010 bereitete die Linke einen Plan für eine neue Gesundheitsreform vor. Weiter nimmt sie an der Anti-Nazi-Demonstration<sup>106</sup> in Dresden teil. Im März 2010 bearbeiteten Lothar Bisky und Oskar Lafontaine ein neues Parteiprogramm vor, das in einer kommenden Zukunft gültig werden sollte. Im März 2010 treffen sich 50 Frauen in Bielefeld, um über das Konzept zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit<sup>107</sup> in den Linken zu sprechen. Im Juli 2010 stellte das Bundesverwaltungsgericht fest, dass die Beobachtung der Linke möglich ist. Der Thüringer Vorsitzende der Linksfraktion, *Bodo Ramelow*<sup>108</sup>, forderte diese Beobachtung.

Im Januar 2010, erstellte die Partei Aufgaben<sup>109</sup> für das kommende Jahr. Zu den wichtigsten Aufgaben gehörte die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, in Bildung

---

<sup>102</sup> Artikel „Stasi-Überprüfung abgelehnt“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2009/maerz/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>103</sup> <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2009/juni/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>104</sup> <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2009/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>105</sup> Artikel „Start der Anti-Atom-Schultour“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2010/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>106</sup> Artikel „Teilnahme an Anti-Nazi-Demonstration“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2010/februar/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>107</sup> Artikel „Frauenarbeitstagung“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2010/maerz/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>108</sup> Artikel „Beobachtung der Partei die Linke durch den Verfassungsschutz ist zulässig“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2010/juli/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>109</sup> Artikel „Zu den aktuellen Aufgaben und der Situation in der Partei“ - <http://www.die-linke.de/partei/organe/bundesausschuss/bundesausschuss20102012/beschluesseunderklaerungen/zuaktuel-lenaufgabenunddersituationinderpartei/> abgerufen am 21. 1. 2012

und in Banken mehr Geld investieren, das Gesundheitssystem zu erhalten, gegen die Privatisierung aufzutreten u.a.

## 4.2. Gegenwart

Im März 2011 fand eine Regionalkonferenz des Landesverbandes in Falkenberg Elster statt.<sup>110</sup> Das Ergebnis der Regionalkonferenz war sich auf Finanzpolitik und Haushaltspolitik zu konzentrieren.

Im April 2011 fand eine weitere Regionalkonferenz des Landesverbandes Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Havelland, Brandenburg Havel in Bad Belzig statt.<sup>111</sup> Behandelt wurden zum Beispiel die Flugrouten des geplanten Flughafens in Belzig.

Im Mai 2011 beschäftigten sich die Vorsitzenden der Partei Klaus Ernst und Gesine Löttsch mit dem Parteiprogramm. Die am meisten besprochenen Punkte waren Krise der Zivilisation, Krise des Kapitalismus, Toleranz und Solidarität in der Gesellschaft.

Im September 2011 schickten Klaus Ernst, Gesine Löttsch und Gregor Gysi einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, um an sie ihr zu appellieren: Sicherheit für *Löhne, Rentner und Sozialleistungen*<sup>112</sup> zu garantieren.

Eine der letzten Äußerungen der Linken im Jahre 2011 war ein Kampf gegen das Finanzmarkt-Diktat<sup>113</sup> und die Tätigkeit, dass die Linke eine solidarische Gesellschaft bilden will.

## 4.3. Vergleich mit der KPÖ

Was der Vergleich mit der KPÖ betrifft, gibt es in der Entwicklung der beiden Parteien viele Unterschiede.

---

<sup>110</sup> Artikel „Regionalkonferenz“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2011/maerz/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>111</sup> Artikel „Regionalkonferenz“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2011/april/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>112</sup> Artikel „Kanzlerin Merkel soll Garantie für Löhne, Renten und Sozialleistungen eben“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2011/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

<sup>113</sup> Artikel „Gegen der Diktatur der Finanzmärkte“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2011/november/> abgerufen am 21. 1. 2011

Erstens, die KPÖ ist vielmehr eine kleinere Partei als die Linke. Die KPÖ hat momentan keine Vertretung auf der Bundesebene. Man kann nur über eine kleine Vertretung auf der Landesebene sprechen.<sup>114</sup> Die KPÖ ist in ihrem Programm weniger umfangreich, als das Programm der Linke.

Zweitens, die KPÖ kam nur einmal an die Macht. Die KPÖ übernahm zwar das sowjetische Modell, sie hatte aber keine Möglichkeit mehr Macht in der Gesellschaft zu vertreten. Drittens, wegen den historischen Unterschieden aus denen diese Parteien hervorgingen, lies die KPÖ ihren gleichen Namen und wurde nicht umbenannt. Heutzutage handelt es sich im Fall der KPÖ um keine Fraktion.

Es gibt aber Sachen, welche diese beiden Parteien gemeinsam haben. Beide sind in der europäischen Linksfraktion vertreten. Die Themen, mit denen sie sich beschäftigen sind entweder identisch oder sehr ähnlich. Beide Parteien arbeiten auf derselben Basis, das bedeutet, dass sie das heutige System kritisieren und sehr ähnliche Lösungen finden.

---

<sup>114</sup> Im Jahre 2012

## **5. Sozialismus, Kommunismus - seine geschichtlichen Hintergründe, Entwicklungen und die wichtigsten Personen**

Bis jetzt hat man über die politischen Systeme Deutschlands und Österreichs gesprochen und sie analysiert. Weiter hat man die gegenseitige Programmanalyse der KPÖ und der Linke vorgestellt. Für ein vollständiges Verständnis sollte man noch die ursprüngliche Theorie erwähnen, die als eine Inspiration für diese links-orientierten Parteien diene.

In der Bachelorarbeit spricht man oft über Sozialismus und Kommunismus, über zwei Begriffe, die manchmal verwechselt werden. In diesem Teil der Bachelorarbeit beschäftigt man sich mit der Erklärung dieser Ideologien. Wichtig sind vielleicht auch die größten geschichtlichen Angaben, damit man verstehen kann, warum eigentlich der Sozialismus und der Kommunismus entstanden sind.

Zu erklären, worin die politischen Programme der beiden Parteien bestehen, reicht nicht. Man sollte noch wissen, welche Gedanken sich in diesen Ideologien versteckten, um die parteiliche Orientierung und Tendenzen zu verstehen.

### **5.1. Entstehung**

Neben dem am Ende des 18. Jahrhunderts herrschenden Liberalismus und Konservatismus ist noch eine Strömung in dem politischen Denken entstanden, und zwar Sozialismus<sup>115</sup>. Liberalismus als ein Vorgänger des Kapitalismus war in seinem damaligen Sinn für soziale Bedingungen der Lohnarbeiter nicht günstig, es war eine strenge und scharfe Meinung mancher zu der höchsten Klasse gehörenden Personen. Untere und mittlere Klassen der Gesellschaft haben unter Unsicherheit gelitten. Not und Hunger waren eine Realität des Tages, es gab keine Rechte oder Freiheit für Arbeiter. Sozialismus hat also als eine Kritik gedient.

---

<sup>115</sup> Miller, David a kol. : Blackwellova encyklopedie politického myšlení. Barrister a Principal. Praha 2003. S. 451 - 454.



Typische Schlüsselwörter sind *Gleichheit, Gemeinschaft, Solidarität, Gerechtigkeit, Klassenkampf, Klasse der Lohnarbeiter, Entfremdung, gemeinsamer Besitz, Revolution*<sup>116</sup> usw.

## 5.2. Gliederung und weitere Entwicklung

Sozialismus kann laut seiner Meinungen in folgenderweise gegliedert werden – evolutionärer<sup>117</sup>, revolutionärer<sup>118</sup>, utopischer<sup>119</sup>, wissenschaftlicher<sup>120</sup> Sozialismus.

Evolutionärer Sozialismus vertritt den Gedanken, dass Ziele des Sozialismus nicht plötzlich, sondern im Stritten erfüllt werden sollten. Eine Inspiration hat er von der Evolution geliehen, die auch sagt, dass alle Organismen in der Gesellschaft stufenweise entwickelt wurden. Der Hauptprotagonist dieser Strömung war Eduard Bernstein.<sup>121</sup> Revolutionärer Sozialismus wird in unterschiedliche Teile geteilt – in utopischen und wissenschaftlichen. Revolutionärer Sozialismus gibt bekannt, dass nur eine Revolution in einem Staat zu einem Wohlstand führen kann. Es gibt keine andere Möglichkeit, um die Bedingungen im Staat zu ändern.

Utopischer Sozialismus sieht die Zukunft nicht im Individualismus. Als ein gutes Mittel versteht er den Kollektivismus. Eine Gesellschaft, in der es keinen privaten Besitz, keine soziale Ungerechtigkeit und Unterdrückung gibt, bietet dann ihren Bewohnern einen Wohlstand. Eine Veränderung im Staat sollte durch eine Revolution entstehen. Seine Inspiration gewinnt durch *More*<sup>122</sup> oder *Campanella*<sup>123</sup>, darum bezeichnet man ihn utopischen Sozialismus. Die wichtigsten Personen des utopischen

---

<sup>116</sup> Heywood, Andrew: Politické ideologie. Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk s.r.o.. Plzeň 2008. S. 95.

<sup>117</sup> Ebd., S. 106.

<sup>118</sup> Ebd., S. 104.

<sup>119</sup> Valeš, Lukáš : Dějiny politických teorií. Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, s.r.o.. Plzeň 2007. S. 236.

<sup>120</sup> Ebd., S. 258.

<sup>121</sup> [http://econc10.bu.edu/economic\\_systems/Theory/Marxism/German\\_sd/bernstein.htm](http://econc10.bu.edu/economic_systems/Theory/Marxism/German_sd/bernstein.htm) abgerufen am 11. 3. 2012

<sup>122</sup> Valeš, Lukáš: Dějiny politických teorií. Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, s.r.o.. Plzeň 2007. S. 236.

<sup>123</sup> Ebd., S. 236.

Sozialismus waren *Claude Henry Saint-Simon*<sup>124</sup> und *Francois Marie Charles Fourier*<sup>125</sup>.

Wissenschaftlicher Sozialismus will sagen, dass die Lohnarbeiter unter Ungerechtigkeit leiden, weil sie nicht für sich selbst arbeiten, sondern dass sie sich ihren Leiter unterordnen. Während des Prozesses der Arbeit ist es zu einer Entfremdung gekommen. Das heißt, dass sich die Lohnarbeiter mit ihren Produkten nicht einleben können, weil der Prozess der Produktion für sie zu schnell und zu unpersönlich ist. Der Lohnarbeiter ist ein Sklave seiner Leiter, hat keine Freiheit und keine Rechte. Mit anderen Wörtern gesagt – Kapitalismus beutet ihre Lohnarbeiter aus und nimmt ihnen die Freiheit.

Das Ziel des Menschenlebens ist seine Freiheit, Selbsterfüllung und Realisation.<sup>126</sup> Der Autor dieser Wörter hieß *Karl Marx*<sup>127</sup>, dessen Werke von *Friedrich Engels*<sup>128</sup> herausgegeben wurden. Er hat seine Theorie durch 5 Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung beschrieben. Alle Leute haben zuerst in einer klassenlosen Gesellschaft gelebt, was für sie die beste Variante war. Schwierigkeiten sind eher mit der Sklaverei entstanden, weil sich dadurch Unterschiede zwischen Menschen gebildet hatten. Eine nächste Etappe war der Feudalismus und die vierte Etappe war der Kapitalismus.

Ein Lohnarbeiter wird *plody jeho činnosti*<sup>129</sup> entfremdet. Die einzige Lösung ist dann, den Staat mittels einer Revolution zu zerstören, um den höchsten und besten Zustand zu erreichen. Solch ein Zustand heißt Kommunismus, in dem Menschen wieder frei wie in der ersten Etappe werden.<sup>130</sup> Kommunismus sollte also nur unter solchen Bedingungen verwendet werden, wenn ein Staat alle erwähnten Etappen der Entwicklung durchläuft. Unter kommunistischer Regierung wird es wieder keinen privaten Besitz geben, es wird also auch keine Unterschiede geben. Die Gesellschaft

---

<sup>124</sup> Ebd., S. 237.

<sup>125</sup> Ebd., S. 239.

<sup>126</sup> Valeš, Lukáš: Dějiny politických teorií. Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, s.r.o.. Plzeň 2007. S. 259.

<sup>127</sup> Ebd., S. 256.

<sup>128</sup> David, Roman: Politologie. Nakladatelství Olomouc. Olomouc 2000. S. 340.

<sup>129</sup> Plody činnosti - Valeš, Lukáš: Dějiny politických teorií. Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, s.r.o.. Plzeň 2007. S. 260.

<sup>130</sup> Miller, David a kol.: Blackwellova encyklopedie politického myšlení. Barrister a Principal. Praha 2003. S. 213.

wird so gut entwickelt, dass keine Privatsphäre und kein Wettbewerb nötig werden. Marx hat Kommunismus so selbstverständlich empfunden, dass er nicht weiter an der Theorie gearbeitet hat.

*„Für Marx wurde eine Inspiration der utopische Sozialismus, ökonomische Theorien von Smith, Mill und Ricardo und die philosophische Theorie von Hegel.“<sup>131</sup>*

Ein Paradox bei Marx ist, dass er aus keiner Familie der Lohnarbeiter kam und dass er eigentlich niemals in einer Fabrik gearbeitet hat, weil er sein ganzes Leben auf dem akademischen Feld gebracht hat.

### **5.3. Leninismus und Stalinismus**

In der Geschichte der linksorientierten Parteien hat man nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels gefeiert. Man hat als ein Vorbild auch Vladimir Lenin<sup>132</sup> und später noch Josef Stalin<sup>133</sup> genommen. Über Ergebnisse sprechend haben Leninismus<sup>134</sup> und Stalinismus<sup>135</sup> mit der ursprünglichen Theorie von Marx fast nichts mehr gemeinsam. Lenin hat eine Revolution geführt, nach der Russland in eine Sowjetunion geführt wurde. Russland war am Anfang des 20. Jahrhunderts rückständig, auf keinem Fall kann man von einem herrschenden Kapitalismus sprechen. Laut der Marx-Theorie wurde es nicht genug entwickelt, um Kommunismus zu praktizieren. Leninismus hat eine einzige starke Partei als Vorbild genommen gestellt, die den ganzen Staat führen sollte und der man nicht widersprechen durfte. Stalinismus ist dann eine Weise der Regierung, die von Josef Stalin durchgesetzt wurde. Stalinismus war ein Mittel wie die Marx-Theorie, welche in die Praxis umgesetzt sollte. Vielen andere verwenden den Begriff Stalinismus mit einer Kritik wegen des grausamen Umgangs Stalins und wegen seines Totalitarismus<sup>136</sup>.

---

<sup>131</sup> Valeš, Lukáš: Dějiny politických teorií. Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, s.r.o.. Plzeň 2007. S. 259.

<sup>132</sup> David, Roman: Politologie. Nakladatelství Olomouc. Olomouc 2000. S. 341.

<sup>133</sup> Ebd., S. 341.

<sup>134</sup> Miller, David a kol.: Blackwellova encyklopedie politického myšlení. Barrister a Principal. Praha 2003. S. 236.

<sup>135</sup> Ebd., S. 481.

<sup>136</sup> Miller, David a kol.: Blackwellova encyklopedie politického myšlení. Barrister a Principal. Praha 2003. S. 512.

#### **5.4. Andere Inspiratoren für KPÖ und Die Linke**

Es gab aber noch anderen Personen, welche die links-orientierten Denker unterstützt haben. Als Beispiel könnte man Platon<sup>137</sup> oder die französischen Materialisten<sup>138</sup> (La Metrie, Holbach, Helvétius, Diderot) nennen. Ihre Meinungen wurden nicht ganz und völlig bearbeitet. Von einigen ließ sich der Sozialismus wirklich inspirieren, einige haben nur mit den sozialistischen Gedanken kokettiert.

Im Fall der KPÖ und der Linken ist die Inspiration ganz klar. Wie schon erwähnt wurde, ist die KPÖ als eine feierliche Reaktion auf die Oktoberrevolution gegründet worden und spiegelte ihre Entwicklung im Licht der Sowjetunion. Die Linke ist heutzutage zwar eine ganz neue Fraktion, in DDR Zeiten wurde sie als SED der Sowjetunion auch untergeordnet.

---

<sup>137</sup> Tretera, Ivo: *Nástin dějin evropského myšlení*. Paseka. Praha – Litomyšl 1999. S. 83.

<sup>138</sup> Ebd., S. 343.

## 6. Zusammenfassung

Das Thema dieser Bachelorarbeit war, eine gegenüberstellende Analyse der Parteiprogramme der KPÖ und der Linke zu bilden. Diese Bachelorarbeit wurde mit dem Ziel geschrieben, allgemeine Unterschiede zwischen der KPÖ und der Linken festzustellen.

Mein Ziel war nicht nur die Parteiprogramme zu erforschen und zu analysieren, weil es wahrscheinlich ungenügend wäre. Ich fand wichtig die KPÖ, sowie auch die Linke in das politische Feld einzuordnen. Deswegen beschäftigte ich mich mit den Fragen der politischen Systeme Deutschlands und Österreichs, womit ich auch zeigen wollte, auf welcher Ebene und in welcher Atmosphäre beide Parteien arbeiten.

Die Kapitel Geschichte, Entwicklung und Wahlergebnisse der KPÖ ist ein Hauptteil der Bachelorarbeit. In diesem Hauptteil bemühte ich mich zu erklären, wie sich die Partei KPÖ entwickelte und welche Daten, bzw. Jahreszahlen in ihrer Geschichte die wichtigsten waren. Beide Kapitel Geschichte, Entwicklung und Wahlergebnisse wurden mit dem Zwang eingegliedert, die wichtigsten historischen Parallelen zu vergleichen .

Man sollte nicht nur die geschichtliche Entwicklung und Entwicklung der Wahlergebnisse kennen, sondern auch die Ideologie und Ansichten beider Parteien kennenlernen. Aus diesem Grund fügte ich die Kapitel Sozialismus, Kommunismus ein. Ohnedies wäre der Kontext nicht zu verstehen.

Sprechend über die politischen Systeme Österreichs und Deutschlands erforschte man, dass die Republik Österreich und die Bundesrepublik Deutschland föderative Staaten sind und dass beide Systeme ähnlich konzipiert sind. Trotzdem fand man ein paar Unterschiede. Den größten Unterschied sehe ich in der Sache der Neutralität, wofür sich die Republik Österreich äußerte. Dann handelt es sich vor allem um den österreichischen Bundesrat, der weniger Befugnisse, als der deutsche Bundesrat, hat. Die österreichische Präsidentenfunktion und Struktur der Präsidentwahl in Österreich ist unterschiedlich konzipiert, als in der Bundesrepublik Deutschland. Einen Unterschied gibt es auch zwischen den Wahlsystemen. Die politischen Organe der Legislative, Exekutive und Judikative sind in der Bundesrepublik Deutschland

zusammen viel verbunden und die Wähler haben weniger Kompetenzen, während in der Republik Österreich eine größere Neigung zum Volk sichtbar ist.

Wenn man die gegenüberstellende Analyse der Parteiprogramme zusammenfassen sollte, würde man sagen, dass diese Programme im Prinzip ähnlich sind. Beide Parteien beschäftigen sich mit ähnlichen sozialen Themen wie zum Beispiel soziale Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, kostenlose Ausbildung, kostenloses Gesundheitssystem. Die KPÖ und die Linke streben danach, Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Klassen mithilfe der Parteiprogrammen auszugleichen, sich der Gesellschaft gleichzeitig anzupassen, die gegenwärtige Krise der Gesellschaft zu kritisieren, eine Lösung in Zeiten dieser Krise zu finden und durch ihre Meinungen Aufmerksamkeit der neuen Wähler auf sich zu ziehen. Es ist nötig, das Wahlprogramm der KPÖ übergreifend zu verstehen. Man verwendet in dem Programm oft Wörter, die nicht nur die Republik Österreich betreffen, sondern auch Europa und die Europäische Union, gleichzeitig auch die ganze Welt betreffen. Der Sinn des Wahlprogramms der KPÖ soll inspirierend für alle Leser sein. Beide Parteien bemühen sich um ihre Stelle im politischen System, sowie auch im politischen Feld zu finden und zu verteidigen.

Als man die Geschichte, Entwicklung und Wahlergebnisse der KPÖ und der Linken analysierte, kam man zu interessanten Ergebnissen. Im Fall der KPÖ geht es um eine traditionelle sozialistische, bzw. Kommunistische Partei, die schon 90 Jahre existiert. Die KPÖ ist heutzutage nur auf der Landesebene vertreten, seit Jahren ist sie an der Macht nicht mehr. Vermutlich entspricht es einer unterschiedlichen Mentalität Österreichs, wo größere Parteien wie die ÖVP, die FPÖ und die SPÖ das politische Feld nach den Wahlen oft beherrschen. Aus der Geschichte Österreichs folgt, dass es zwar in vier Besatzungszonen geteilt wurde, dass es aber entschied, einen liberalen und vor allem einen neutralen Weg zu schreiten. Wie auch gesagt wurde, ehrte die KPÖ lange das sowjetische Modell und die Politik der Sowjetunion. Daher wurden einige Mitglieder der KPÖ vor dem 2. Weltkrieg und während des 2. Weltkriegs verfolgt. Nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 begann sich die KPÖ langsam von der Politik der Sowjetunion zu distanzieren. Nach der Revolution 1989, sowie auch heute, musste und muss sich die KPÖ verändern und der neuen Situation anpassen. Die Partei KPÖ verwendet heute noch sozialistische Parolen, ist aber nicht radikal. Die KPÖ ist mit der Europäischen Union und mit Neo-Liberalismus

nicht einverstanden, obwohl sie ein Mitglied der Europäischen Linken ist. Weiter wurde die KPÖ nicht umbenannt und wurde keine Fraktion.

Im Fall der Linken handelt es sich um eine relativ neue Partei. Die Linke ist wie eine Fraktion wahrgenommen, weil sie 2007 aus der WASG und der PDS gegründet wurde. Vor der Revolution 1989 nannte sich die PDS die SED, es war die Partei, die in der DDR herrschte. Manche ehemaligen Kommunisten begannen für die Partei die Linke nach ihrer Gründung, zu arbeiten. Die Partei die Linke ist größer als die KPÖ, ist im Bundestag, sowie auch auf Landesebene vertreten. Weil die Geschichte der Linke noch kurz ist, kann man nur sagen, dass sie seit ihrer Entstehung die wichtigsten sozialen Themen, Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft und ihre Lösungen bearbeitete, womit sie ihre Wähler gewann. Die Linke ist auch ein Mitglied der Europäischen Linken.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass ich der Meinung bin, dass die Parteien die KPÖ und die Linke zusammen arbeiten könnten. Die Geschichte und Entwicklung beider Parteien unterscheidet sich, aber im Grund haben die KPÖ und die Linke sehr ähnliche Ansichten und Themen zu überlegen. Man kann sehen, dass linke Parteien in der gegenwärtigen Gesellschaft ein Wort und wahrscheinlich auch einen Sinn für ihre Existenz haben.

## 7. Abstrakt

Tato bakalářská práce se zabývala srovnávací analýzou stranických programů Levicové strany (*die Linke*) v Německu a Komunistické strany (*die KPÖ*) v Rakousku. Cílem práce bylo stanovit rozdíly mezi stranickými programy obou stran na základě srovnávací analýzy a zjistit, zda by případné rozdíly mezi programy mohly být určujícím faktorem pro situaci v těchto politických stranách.

Považovala jsem za nutné zabývat se také komparací politických systémů Německa a Rakouska, čímž jsem chtěla poukázat na orientaci, postavení a situaci těchto stran na politickém poli a na celostátní úrovni. Kapitoly zabývající se historií a vývojem jsou pak hlavním bodem práce. V této části bakalářské práce je možné dospět k oné srovnávací analýze stranických programů Levicové strany a Komunistické strany a k porozumění této analýzy právě na základě historického pozadí a vývoje. Dále je nastíněna politická ideologie, která tematiku dokresluje a zároveň uzavírá.

Došla jsem k závěru, že existují rozdíly mezi politickými systémy Německa a Rakouska - největší rozdíl vidím v neutralitě, v jejímž duchu se nese politika v Republice Rakousko. Další rozdíly jsou jen drobné a ne příliš zásadní. Německá *die Linke*, stejně jako rakouská *die KPÖ* si jsou svými stranickými programy v mnohém podobné. Liší se ale vznikem a historickým vývojem – Komunistická strana se vyskytuje na politickém poli více než 90 let, zatímco Levicová strana existuje jen několik let. Levicová strana má také více voličů a je obecně častěji volena, než Komunistická strana. Nemyslím si, že by existoval činitel, který by ovlivňoval situaci v obou stranách. Tato situace závisí spíše na voličské obci a na historickém pozadí.

Smyslem této bakalářské práce bylo vytvořit přehlednou analýzu jak politických systémů Německa a Rakouska, tak stranických programů Levicové strany a Komunistické strany a objasnit tyto rozdíly na základě historického vývoje. Budu ráda, když se moje práce stane pomůckou pro kolegy zabývající se studiem reálií německy mluvících zemí, komparací politických systémů, či společenských věd.



## 8. Literaturverzeichnis

### Primärliteratur

<http://www.kpoe.at/>

<http://die-linke.de/>

[http://die-](http://die-linke.de/)

[linke.de/partei/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_programmatische\\_eckpunkte/](http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/)

[http://www.niemals-vergessen.com/programm\\_kpoe.htm](http://www.niemals-vergessen.com/programm_kpoe.htm)

**Heywood**, Andrew: Politické ideologie. Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk s.r.o.. Plzeň 2008.

**Hintereder**, Peter / Fiebinger, Andreas / Schayan, Janet / u.a.: Tatsachen über Deutschland. Frankfurt am Main 2005.

**Krno**, Svetozár: Politické strany alpských a stredoziemných krajín. Univerzita Konštantína Filozofa, 2000.

**Miller**, David a kol.: Blackwellova encyklopedie politického myšlení. Barrister a Principal. Praha 2003.

**Nick**, Rainer / Pelinka, Anton /: Österreichs Politische Landschaft. Innsbruck 1993.

**Říchová**, Blanka: Komparace politických systémů. Západoevropské politické systémy. Vysoká škola ekonomická v Praze, 2009.

**Strmiska**, Maximilian / Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír / Chytilík, Roman: Politické strany moderní Evropy. Band 1. Praha 2005.

### Sekundärliteratur

**Baier**, Walter: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008, Wien: Edition Steinbauer, 2009.

**Campbell**, David F. J.: Wie links oder wie rechts sind Österreichs Länder? Eine komparative Langzeitanalyse des parlamentarischen Mehrebenensystems Österreichs (1945–2007), 2007,

URL:[http://www.swsrundschau.at/archiv/SWS\\_2007\\_4\\_campbell.pdf](http://www.swsrundschau.at/archiv/SWS_2007_4_campbell.pdf),Stand: 07. 03. 2011.

**Dachs**, Herbert: Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung,

**David**, Roman: Politologie. Nakladatelství Olomouc. Olomouc 2000.

**Gysi**, Gregor: Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990.

**Homolková**, Božena: Geschichte und Gegenwart der deutschsprachigen Länder. Plzeň 1998.

**Malycha**, Andreas / Winters, Peter, Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009.

**Pelinka**, Anton: Funktionen von Parteiprogrammen. In: Albert Kadan/Anton Pelinka: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus 1979.

**Tretera**, Ivo: Nástin dějin evropského myšlení. Paseka. Praha – Litomyšl 1999.

**Valeš**, Lukáš: Dějiny politických teorií. Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, s.r.o.. Plzeň 2007.

## **Internetquellen**

Begriff Vermittlungsausschuss - [http://www.bundesrat.de/nn\\_8332/DE/br-dbt/va/va-node.html?\\_nnn=true](http://www.bundesrat.de/nn_8332/DE/br-dbt/va/va-node.html?_nnn=true), abgerufen am 11. 3. 2012

[http://www.bundespraesident.de/DE/Home/home\\_node.html](http://www.bundespraesident.de/DE/Home/home_node.html) abgerufen am 12. 3. 2012

Bundesministerien –

[www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Bundesministerien/bundesministerien](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Bundesministerien/bundesministerien), abgerufen am 26. 8. 2011

<http://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/>, abgerufen am 2. 12. 2011

Begriff Präsidialkonferenz - <http://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/>, abgerufen am 2. 12. 2011.

Ministerien - <http://www.bka.gv.at/site/5394/default.aspx>, abgerufen am 19. 9. 2011

<http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/antonio-gramsci.html>, abgerufen am 4. 11. 2011

<http://zivotopisyonline.cz/rosa-luxemburgova-nemecka-revolucionarka-spoluzakladatelka-nemecke-komunisticke-strany/> abgerufen am 4. 11. 2011

Jahreszahlen - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4. 11. 2011

<http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

Zahl - <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

Städte - <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060216152205459> abgerufen am 13.12.2011

<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/browse/7/article/Maria-Caesar-feiert-90-Geburtstag/32.html> abgerufen am 18.12.2011

<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/article/Mauthausen-UEberlebender-Hans-Marsalek-gestorben/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/browse/11/article/Ernst-Kirchweger-Gedenken-der-KPOE-Favoriten/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/browse/1/article/Otto-Tausig-1922-2011/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/anzeige-geschichte/browse/6/article/Herz-und-Hirn-der-Roten-Hilfe/32.html> abgerufen am 18. 12. 2011

Geschätzte Zahl der Totgeschlagenen – <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 18. 12. 2011

Jahreszahl - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html>  
abgerufen am 4. 11. 2011

<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 18.  
12. 2011

Begriff Bezugspunkt - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4. 11. 2011

<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 18.  
12. 2011

Begriff neoliberales Kapitalismusmodell -  
<http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html> abgerufen am 4. 11.  
2011

Jahreszahl - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html>  
abgerufen am 4. 11. 2011

Begriff KPÖ-eigene Handelsfirma Novum - <http://www.freitag.de/politik/0341-kommentar> abgerufen am 18. 12. 2011

Name der Firma - <http://www.freitag.de/politik/0341-kommentar> abgerufen am 18. 12.  
2011

Jahreszahl - <http://www.kpoe.at/home/positionen/geschichte/90-jahre-kpoe.html>  
abgerufen am 4. 11. 2011

Jahreszahl - [http://www.niemals-vergessen.com/programm\\_kpoe.htm](http://www.niemals-vergessen.com/programm_kpoe.htm) abgerufen am 5.  
11. 2011

Selbstbestimmung der Partei - [http://www.niemals-vergessen.com/programm\\_kpoe.htm](http://www.niemals-vergessen.com/programm_kpoe.htm)  
abgerufen am 5. 11. 2011

[http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische\\_Partei\\_%C3%96sterreichs](http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische_Partei_%C3%96sterreichs) abgerufen am  
18. 12. 2011

[http://www.bundespraesident.at/historisches/bisherige-amtsinhaber/karl-renner-1870-  
1950/](http://www.bundespraesident.at/historisches/bisherige-amtsinhaber/karl-renner-1870-1950/) abgerufen am 18. 12. 2011

Konkrete Bundesländer - <http://www.kpoe.at/home/kp-sites-amp-kontakt/uebersicht-kontakte.html> abgerufen am 11. 3. 2012

Konkrete Städte - <http://www.kpoe.at/home/kp-sites-amp-kontakt/uebersicht-kontakte.html> abgerufen am 11. 3. 2012

<http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/juni/> abgerufen am 21. 1. 2012

<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Aktion der Landtagsfraktion - Hartz IV = Kinderarmut“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/august/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Kein Raum für Nazis“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

<http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Forum in Vorbereitung der Parteigründung“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2007/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

Tagung - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2008/januar/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „LINKE übergibt Unterschriften für Europa-Referendum“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2008/april/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Ökologische Konferenz der Linken“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2008/mai/> abgerufen am 21. 1. 2012

Offizieller Name der Konferenz - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2008/november/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Gründung des SDS Brandenburg“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2009/januar/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Stasi-Überprüfung abgelehnt“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2009/maerz/> abgerufen am 21. 1. 2012

<http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2009/juni/> abgerufen am 21. 1. 2012

<http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2009/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Start der Anti-Atom-Schultour“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2010/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Teilnahme an Anti-Nazi-Demonstration“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2010/februar/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Frauenarbeitstagung“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2010/maerz/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Beobachtung der Partei die Linke durch den Verfassungsschutz ist zulässig“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2010/juli/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Zu den aktuellen Aufgaben und der Situation in der Partei“ - <http://www.die-linke.de/partei/organe/bundesausschuss/bundesausschuss20102012/beschluesseunderklarerungen/zuaktuellenaufgabenunddersituationinderpartei/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Regionalkonferenz“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2011/maerz/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Regionalkonferenz“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2011/april/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Kanzlerin Merkel soll Garantie für Löhne, Renten und Sozialleistungen eben“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2011/september/> abgerufen am 21. 1. 2012

Artikel „Gegen der Diktatur der Finanzmärkte“ - <http://www.die-linke.de/nc/dielinke/chronik/chronik/archiv/2011/november/> abgerufen am 21. 1. 2011

[http://econ10.bu.edu/economic\\_systems/Theory/Marxism/German\\_sd/bernstein.htm](http://econ10.bu.edu/economic_systems/Theory/Marxism/German_sd/bernstein.htm) abgerufen am 11. 3. 2012